Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 55 — Jahrgang 212

Bezugspreis: für Halle und Vororte monatlich Mk. 1,25, vierteljährlich Mk. 4,75 frei Haus. Durch die Post monatlich Mk. 1,34, vierteljährlich Mk. 4,07 außer Postgeld.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf tagsüber 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto Leipzig 20512.

Abend-Ausgabe

Donnerstag, 30. Januar

Anzeigenpreis: Hiesige Inseraten je Zeile 25 Pfg., auswärtige je Zeile 35 Pfg. — Reklamezeile 1 Mk. Rabatt nach Tarif, jedoch nur bei zeitweiser Kasse.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Heimkehr aus der Ukraine

Unter Führung des Generalkommandos 1. A. K. befinden sich in der Gegend von Charkow noch Deutsche, vornehmlich sächsische Truppen, die wegen der bekannten Zustände in der Ukraine noch nicht in Richtung auf Brest-Litowsk abbefördert werden konnten. Die Lage dieser Truppen wurde Anfang Januar schwierig, da nach der Einnahme von Charkow durch die Bolschewisten im Süden und Westen alle Bahnverbindungen durch größere bolschewistische Banden abgeschnitten worden waren. Die Absicht des Generalkommandos, sich nach Westen durchzuschlagen, scheiterte an dem Verhalten der Truppe. Daraufhin entschloß man sich zu Verhandlungen mit der Sowjetregierung in Moskau, mit deren Führung der Soldatenrat beauftragt wurde.

Warum konnten die deutschen Truppen nicht rechtzeitig in die Heimat zurückkehren? Nicht, weil die Heimat sie im Stich gelassen hat, sondern weil einzelne undisziplinierte deutsche Truppenverbände ohne Rücksicht auf ihre Kameraden gegen die Weisung der Führung eigenmächtig ihre Posten in der Ukraine verließen und die für den Bahntransport nötigen Bahnlinien besetzten. Ferner, weil dieselben Bolschewisten, deren internationale Solidarität gefeiert wird, ihnen zuvor jeden anderen Weg abgeschnitten hatten. Daß die Truppen vor der Abfahrt ihr ganzes Gerät und sämtliche Kanonen abgeben mußten und nur 30 Prozent ihrer Handwaffen behalten durften, daß dadurch die Bolschewisten sich auf einfachste und billigste Weise in den Besitz von Waffen setzten, die für ihre Kriegführung gegen uns wichtig sind, darf nicht verschwiegen und übersehen werden. Außerdem ist bis heute von dem Soldatenrat, der die Verhandlungen führte, noch kein Mann über die Demarkationslinie gekommen. Vorläufig ist lediglich der Vertrag bekannt geworden. Sicher ist zu begrüßen, daß die abgeschnittenen Truppen nunmehr die Möglichkeit erhalten sollen, überhaupt in die Heimat zu gelangen, wenn die Rückkehr auch durch Abgabe der Waffen und durch Märsche von Nowo-Swenziany bis Koschedary, also über 180 Kilometer durch Schnee und Eis, erkauft werden muß.

Erwerbslosigkeit als Erwerb

Unserer Landwirtschaft fehlen, nach einer halbamtlichen Mitteilung, annähernd 600 000 Arbeitskräfte, während die Zahl der Berliner Arbeitslosen auf rund 300 000 beziffert wird. Dabei ist es aber nicht einmal möglich gewesen, für den Bau der Untergrundbahn, für die Streichenreinigung u. a. m. auch nur einen Teil der benötigten Arbeiter zu bekommen. Die Leute denken gar nicht daran, ihre gutbezahlte, köstliche Freiheit, diese Errungenschaft der Revolution, aufzugeben. Wenn ein Arbeitsloser für sich 8 Mark tägliche Unterstützung und für jedes Kind 14 Mark erhält, so lacht er dem ins Gesicht, der ihm 14 Mark Tagelohn anbietet. Denn tut er lieber nichts, schont seine Knochen und „spart Schuhsohlen", wie man sich in Berlin bildkräftig ausdrückt. Als ein städtischer Parkarbeiter auf feiernde ehemalige Arbeitsgenossen traf, machten sie sich über ihn lustig, und mit Recht; sie bezogen für ihr Faulenzen eine höhere Unterstützung, als er für seine fleißige Tätigkeit Lohn empfängt. Wie sollte es einem Mädchen mit 90 Mark monatlicher Erwerbslosenhilfe einfallen, sich eine Stellung als Dienstmädchen zu suchen! Den Vogel hat wahrscheinlich jene Münchener Familie abgeschossen, die sich, wie der sozialdemokratische Minister Unterleitner beweglich klagte, insgesamt auf 1048 Mark Arbeitslosenunterstützung im Monat stand. „Wer Arbeit sieht und sich nicht drückt, der ist verrückt!" Das schöne Volkswort hat jetzt einen ganz neuen Sinn und höhere Bedeutung erlangt. Und dies um so mehr, als zahlreiche Städte, so auch Berlin, sich beeilt haben, den Arbeitslosen billige oder ganz kostenfreie Theater- und Kino-Vorstellungen zu geben. Herrlicher kann's sogar im wirklichen Schlaraffenland nicht sein.

Die Notenpressen unserer Reichsbank arbeiten mit Hochdruck, fast so schnell wie die Petersburger und Moskauer. Wir werden bald so weit sein, daß die einzige wirkliche Arbeit, die bei uns geleistet wird, die Herstellung von Geldzeichen ist. Geldzeichen, wohlgemerkt. Vorsichtige auf die Seliskeit. Denn mit produktiver Arbeit bezahlt müssen eines Tages auch diese Papierzettel samt und sonders werden. Vom bürgerlichen Steuerträger bezahlt. Solange der Mittelstand in Stadt und Land emsig die Hände regt, läuft die Karre zur Not weiter. Träte er ebenfalls in den Streik oder ergriffe den nahrhaften Beruf der Erwerbslosigkeit, dann stünden freilich mit einem Schlag alle Räder still und der völlige Zusammenbruch wäre da. Wie die Dinge jetzt gehen, kann er vielleicht noch bis Ostern hinausgezögert werden. Dann ist die deutsche Wirtschaft endgültig tot.

Mit erklärlich schwerer Sorge blickt die Regierung auf das Treiben. Sie weiß, daß seine ungehinderte Fortsetzung das Ende aller „revolutionären Errungenschaften" bedeutet. Lohnwahnsinn, Kampfausstände, gewaltsame Sozialisierungen und allgemeine Arbeitsunlust dazu — das erträgt unsere Volkswirtschaft nicht. So hat man sich denn in Berlin dazu aufgerafft, „Zwangsmaßnahmen" anzudrohen. Vorerst soll einmal „sanfter Druck" ausgeübt werden, die Erwerbslosen-Unterstützung soll all denen entzogen werden, die Arbeitsnahme unbegründet verweigern. Wäre die Zeit nicht völlig aus den Fugen, so faßte man sich bei dieser Ankündigung erstaunt an den Kopf. Es ist also bisher volle drei Monate lang aus den Taschen der Steuerzahler freigebig jeder Arbeitsunlustige unterstützt worden, selbst wenn er sich mit keinem Schritt um Arbeit bemüht, und ihm angebotene Arbeit verweigert hat! Daß Elemente dieser Art dem „sanften Druck" nicht Folge leisten werden, liegt auf der Hand. Dafür fühlen sie sich viel zu sehr als Herren der Situation. Sie wollen die Beute des Sieges genießen, die ihnen fünfzig Jahre lang gemachten sozialistischen Versprechungen erfüllt sehen. Irgend welche Machtmittel darf die Regierung gegen sie nicht anzuwenden wagen. Wehe ihr, wenn sie die gefährlichen Großstadtmassen kränkt und wider sich in Bewegung setzt!

Die Drohung, daß „vor schärferen Maßnahmen nicht zurückgeschreckt" werden würde, muß deshalb notwendig wirkungslos bleiben. Alle Welt hält sie für einen Bluff. Hier könnten nur entschlossene Machthaber mit fester Faust zugreifen, die Deutschland nicht völlig in die Tiefe stürzen lassen wollen. Fehlt unseren Staatslestern schon dieser Wille nicht, so doch das Können. Aber jeder verzögerte Tag führt rascher den Tag des Entsetzens herauf, wo Hunger und Elend, vielleicht die Peitsche des Fremdlings, die Verirrten zu einer Zwangsarbeit treiben, von deren Furchtbarkeit sich heute unsere Unbekümmerten nichts träumen lassen.

Enteignung von Grundbesitz

Nach Mitteilung des Direktors der Landwirtschaftskammer in Halle steht die Veröffentlichung eines Gesetzentwurfs über Landsiedelung bevor, wonach der Großgrundbesitz 10 Prozent seiner Fläche abtreten muß. Ferner würden die Güter eingezogen, die von Kriegsgewinnlern gekauft seien, ebenso die in den letzten 20 Jahren mehrfach von den Besitzern gewechselten Güter, ferner die schlecht bewirtschafteten und weiterhin diejenigen, deren Besitzer nicht selbst wirtschaften. Schließlich die aus Bauerngütern zusammengekauften Güter.

Vorarbeit zur Nationalversammlung

Berlin, 30. Januar.

Die Mitglieder der Reichsregierung besprachen gestern eine Reihe von Fragen, die zur technischen Vorbereitung der Nationalversammlung in Weimar gehören. Der Zentralrat nahm gestern den Bericht der Sozialisierungs-Kommission entgegen. Wie verlautet, wird er sich heute mit dem Entwurf der provisorischen Verfassung beschäftigen.

Wie verschiedene Berliner Blätter melden, plant die Reichsregierung die Schaffung eines neuen Arbeitskammergesetzes. Sie habe die zuständigen Minister der Einzelstaaten deshalb zu einer Besprechung nach Berlin eingeladen.

Ein Alkoholgesetz?

Zur Wiederherstellung der ermatteten Volkskraft sind, wie die „Korr. Viper" hört, an den zuständigen amtlichen Stellen gesetzliche Maßnahmen energisch in Vorbereitung. In erster Reihe dürfte ein Alkoholgesetz stehen, das vorbeugend für die Zukunft dem Alkoholmißbrauch begegnen will. Angesichts der schwierigen Volksernährung und der damit verbundenen Gefahren liegt die Bedeutung eines derartigen Alkoholgesetzes auf der Hand. Weitere Gesetzentwürfe dürften dabei als Unterlagen dienen, wie das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und des Geburtenrückganges.

Gegen die A.- und S.-Rat-Gewalt

Berlin, 29. Januar.

Der Zentralrat der deutschen Republik teilt mit: Da alle Transporte von Heeresgerät im Auftrage oder unter Mitkenntnis der Regierung geschehen, so ist eine örtliche Kontrolle durch die Soldatenräte nicht erforderlich. Es ist den A.- und S.-Räten ebenfalls nicht gestattet, durchziehende Heeresteile aufzuhalten. Die Leiter der Transporte von Heeresgerät sind nicht verpflichtet, sich solchen lokalen Anordnungen zu fügen.

Der Fall Michaelis.

Ein Entschuldigungsschreiben des A.- u. S.-Rates.

Stettin, 29. Januar.

Im Zusammenhang mit dem drohenden Beamtenstreik veröffentlichte der A.- und S.-Rat ein Schreiben, das er bereits vor mehreren Tagen an den Oberpräsidenten Dr. Michaelis gerichtet hat. In diesem Schreiben heißt es u. a., der Beschluß, daß am Tage der Beerdigung des Dr. Karl Liebknecht sämtliche öffentliche Gebäude mit roten Fahnen oder Wimpeln zu beflaggen seien, sei lediglich rein menschlichen Gefühlen entsprungen gewesen und sollte keine Kundgebung gegen die Regierung darstellen. Wenn dem Oberpräsidenten das Schreiben in Form einer „Verordnung" zugegangen sei, so liege hier eine bedauerliche Ungeschicklichkeit vor, denn der Stettiner Arbeiter- und Soldatenrat sei sich wohl bewußt, daß er erst mit den behördlichen Organen die Regierungsgewalt darstellt. Für die gewaltsame Hissung roter Flaggen lehne der A.- und S.-Rat die Verantwortung ab. Zum Schluß wird erklärt, der A.- und S.-Rat würde es auch im Interesse unserer Heimatprovinz Pommern bedauern, wenn durch diesen Vorgang ein weiteres geordnetes Zusammenarbeiten mit dem Oberpräsidentennicht mehr möglich wäre."

Protest

Die „Preußische Regierung" hat sich veranlaßt gesehen, zwei Tage vor den Wahlen zur preußischen Landesversammlung eine „Verordnung mit Gesetzeskraft" zu erlassen, in der die in Preußen gültigen Städte- und Landgemeindeordnungen einer grundlegenden Aenderung bezüglich des Gemeindewahlrechts unterzogen werden. Sie verlangt vom preußischen Volke und von den preußischen Beamten, diese Anordnung als ein für sie bindendes Gesetz anzuerkennen. Bisher konnte sie bei ihren diktatorischen gesetzgeberischen Maßnahmen — abgesehen von einigen die Allgemeinheit nicht ganz so stark berührenden Bestimmungen (wie Erleichterung des Austritts aus der Kirche und den Synagogengemeinden oder Einführung des gesetzlichen Vorkaufsrechtes an land- und forstwirtschaftlichen Besitzungen) — sich vielleicht noch darauf berufen, daß es sich um unaufschiebbare Maßnahmen handele, die infolge Lahmlegung der gesetzgebenden Körperschaften nur auf dem an sich ungesetzlichen Wege der Notverordnung getroffen werden konnten (wie z. B. das Wahlgesetz für die preußische Landesversammlung). Bei der jetzigen Anordnung fehlt es aber selbst an dieser Voraussetzung. Denn daß eine zwingende Notwendigkeit vorliegt, noch vor Schaffung gesetzgebender Körperschaften durch die preußische Landesversammlung, das Gemeindewahlrecht — mag man die Einführung des gleichen, geheimen Wahlrechtes in den Gemeinden an sich billigen oder nicht — im Wege der Notverordnung abzuändern, kann beim besten Willen nicht behauptet werden; die Regierenden laufen aber Gefahr, daß man im Volke zu der Ansicht kommen kann, als habe die in ihrer überwiegenden Mehrheit sozialistische Regierung es für dringend gehalten, noch schnell vor dem Zusammentritt einer gesetzgebenden Körperschaft eine Verordnung unter Dach zu bringen, deren Verabschiedung in einer von der Regierung gewünschten Form durch diese gesetzgebende Körperschaft ihr (mit Rücksicht auf den zweifelhaften Ausfall der Wahlen zur preußischen Landesversammlung) gefährdet erschienen sei. Haben aber für die Regierung etwa andere, ihr zwingend erscheinende Gründe zum sofortigen Vorgehen tatsächlich vorgelegen, so hätte zum mindesten doch zum Ausdruck gebracht werden müssen, daß die Anordnung nur unter der Voraussetzung späterer gesetzlicher Sanktionierung ergehe. Da dies nicht geschehen ist, stellt sich das Vorgehen der Regierung als ein Akt der Willkür, des Absolutismus dar in einer Form, wie sie selbst in den Zeiten des monarchischen Absolutismus des 18. Jahrhunderts nicht allgemein üblich war.

Wie stellt sich das preußische Volk diesem Absolutismus des sozialistischen Regiments gegenüber? Soll und will es sich solche Akte der Diktatur stillschweigend gefallen lassen? Soll und will das Volk es ruhig und widerspruchslos hinnehmen, wenn eine weder vom Volke gewählte, noch von gesetzlich dazu befugter Stelle eingesetzte Regierung eigenmächtig ihm derartige Verordnungen als Gesetze oktroyiert? Und die preußischen Beamten? Ist es für sie ohne innere Konflikte mit ihrem Gewissen und ihrem Diensteide noch vereinbar, solche absolutistischen Akte als „Gesetze" zur Ausführung zu bringen? Ermannen sich denn nicht das preußische Volk und die preußische Beamtenschaft und legen einmütig Protest gegen eine derartige Gesetzmacherei ein? Sind wir denn im Volke schon so weit gekommen, daß wir in Servilismus uns vor jeder solchen ungesetzlichen Maßnahme ohne Widerspruch beugen?

Ich als aktiver preußischer Beamter vermag dies nicht zu tun und kann meinerseits nicht anerkennen, daß durch einen solchen ohne Beschlußfassung irgendeiner Volksvertretung vollzogenen Akt der Regierung, der sich auch nicht als später gesetzlich zu sanktionierende Notverordnung kennzeichnet, preußische Gesetze rechtsgültig abgeändert sind; und wenn man mir etwa zum Vorwurf machen sollte, daß ich durch Veröffentlichung dieses Protestes gegen die Beamtendisziplin verstoße, so muß ich demgegenüber erklären, daß ich mich zwar für verpflichtet gefühlt habe und noch fühle, im Dienste des Vaterlandes auf meinem amtlichen Posten zu verbleiben, solange mein Diensteid, meine Ehre und mein Gewissen mir dies gestatten, und daß ich unter diesem Vorbehalt die Anordnungen der augenblicklichen „Preußischen Regierung" als Beamter bisher befolge, daß ich aber die Mitglieder dieser Regierung als meine dienstlichen Vorgesetzten, soweit und solange sie keinerlei auf gesetzlicher Grundlage beruhendes Mandat als solche haben, nicht anzuerkennen vermag und mir deshalb auch das Recht der öffentlichen Kritik gegenüber ihren Maßnahmen nicht vorenthalten lasse.

Berlin-Grunewald, den 27. Januar 1919.

Frhr. von Maltzahn,
Oberpräsidialrat.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191901302-19/fragment/page=0001

Sozialdemokratie und Beamtenschaft

In einer geradezu unerhörten, noch nie dagewesenen Weise hat die sozialdemokratische Revolutionsregierung in der Frage ihrer Haltung der Beamtenschaft gegenüber mit der Wahrheit ein frevelhaftes Spiel getrieben. Es handelt sich, wie wiederholt erwähnt, um ein Gespräch, das ein Vertreter von Justizbeamten am 3. Dezember 1918 im Abgeordnetenhause mit mehreren Regierungsvertretern hatte, unter denen namentlich der damalige Minister Ströbel genannt war. Das amtliche Telegraphenbüro brachte dazu eine von „zuständiger Stelle", also, wie man annehmen muß, von den betreffenden Ministern stammende Erklärung, derzufolge „an dieser ganzen Erzählung, die offenbar nur zum Zweck des Wahlmanövers erfunden sei (!), nicht ein Wort wahr sei." Ein derartiges Gespräch habe weder am 3. Dezember noch überhaupt stattgefunden. „Niemals sei es dem damaligen Minister Ströbel eingefallen, so irrsinniges Zeug zu reden, und niemals sei Minister Hirsch Zeuge einer solchen Unterredung gewesen." — Und damit nicht genug, wurde noch unmittelbar vor der Wahl in Preußen eine sozialdemokratische Kundgebung veröffentlicht, die voller Entrüstung bestritt, was in jener Unterredung von leitender sozialdemokratischer Seite erklärt worden sein sollte, und den Beamten das vollste Wohlwollen versicherte.

Und dann sah sich dasselbe Wolffsche Telegraphenbüro gezwungen, die folgende Entgegnung der beteiligten Beamten zu verbreiten: „Der einstweilige Vorstand des Verbandes preußischer Justizsekretäre übersendet uns folgende Berichtigung: „Die am 3. Dezember 1918 im Abgeordnetenhause von einem Justizbeamten gehabte Unterredung über die zukünftige Gestaltung der Anstellung auf Lebenszeit, Ruhegehalt und Hinterbliebenenfürsorge werde wohl bald der Vergangenheit angehören". Und lediglich der Umstand, daß diese für die Beamten so verhängnisvollen Worte von den drei beteiligten Regierungsvertretern nicht Herr Ströbel, sondern Herr Strobel gesprochen hat, benutzte die zuständige sozialdemokratische Regierungsstelle, um den Vertreter der Beamtenschaft als Lügner hinzustellen, und alle, die seine glaubwürdige Mitteilung als solche hingenommen haben, als Wahlschwindler zu verdächtigen! Dazu hat die Sozialdemokratie die Stirn, trotzdem sie wußte, daß sie geradezu selbst damit das unehrliche Wahlmanöver betrieb! Wie kann diese Revolutionsregierung erwarten, daß künftig noch irgend jemand ihren Worten, Erklärungen und Versicherungen den mindesten Wert beilegt? Wer so mit der Wahrheit umspringt, der hat für alle Zeit die Glaubwürdigkeit eingebüßt. z

Wo ist die Gefahr?

Die Ebert-Scheidemann-Regierung hat sich in ihren Kundgebungen fortgesetzt des Hinweises auf eine angeblich drohende „Gegenrevolution von rechts" bedient, um Entrechtungsmaßnahmen gegen das Bürgertum zu rechtfertigen. Das war höchst unlonkur, also sehr unklug, nachdem sich das Bürgertum, so lange es möglich war, „hinter diese Regierung der Mehrheitssozialisten gestellt" hat. Alle Erwägungen, die man am Wilhelmsplatz anstellte, wurden jedoch von der zarten Rücksichtnahme auf die roten Brüder zur Linken, oder sagen wir von der gelinden Angst vor ihnen diktiert. Neuerdings aber hat der Volksbeauftragte Noske doch nicht umhin gekonnt, den bekanntlich sehr roten Groß-Berliner Soldatenräten gegenüber offen auszusprechen, daß es keine Gefahr der Gegenrevolution von rechts gebe. Und er hat nur zu sehr recht, wenn er die Gefahr in dem Durcheinander der letzten Wochen sieht, aus dem ein Elend hervorgehen muß, das mehr Opfer fordert als der ganze Krieg. Für seine Zuhörer bezeichnend war der Zuruf, das käme sowieso. Für diese fanatisierten Massen ist es klar, daß der große Kladderadatsch kommen muß, noch dem dann die goldene Zeit anfangen soll. Vorläufig aber gilt es, die Gegenwart zu genießen. Wie die Herren vom Soldatenrat sich für ihre ganz überflüssige Tätigkeit Ministergehälter gestatten lassen, so verlangen die Arbeiter Löhne, die auf den wirklichen Ertrag der Arbeit keine Rücksicht nehmen. Jeder denkt nur an seinen Anteil an der Beute, niemand an die Pflicht des Einzelnen gegenüber dem großen Ganzen. Auch die Nationalversammlung ist diesen Herren vom Soldatenrat nur der Feind, der ihrer Behaglichkeit und Wichtigtuerei ein Ende machen kann, also darf sie nicht zusammen kommen. Sie reden geradezu von der Vergewaltigung der Soldatenräte, und doch liegt selbst mancher Sozialist sich die Frage vor, ob denn nicht die vertriebenen Fürsten dem Lande weniger kosteten und weniger schadeten. Denn kein Fürst hat in den letzten hundert Jahren sich derartige Eingriffe in die Rechte des einzelnen Bürgers erlaubt, wie diese Soldatenräte. Die Entente hat eher auch klar bewiesen, daß sie mit ihnen nichts zu tun haben will und, wo sie die Macht hatte, hat sie sie beseitigt. Die Entente hat auch erklärt, daß sie die Regierung der Volksbeauftragten nicht als eine verhandlungsfähige Regierung anerkennen könne, so lange sie ein Spielball lächerlicher Minderheiten sei. Aber diese Minderheiten, dieselben Leute, die stets von der Gefahr der Gegenrevolution faseln, sind mächtig genug, unsere Industrie lahm zu legen, durch erzwungene Unterstützungen der Arbeitscheuen jeden Arbeitswillen zu lähmen, durch Streikpostenstehe das Bürgertum nicht zur Ruhe kommen zu lassen. Und diese lächerliche Minderheit hat ihren Rückhalt an den Arbeiter- und Soldatenräten. Sie haben sich vermessen, mit Gewalt die Wahlen zur Nationalversammlung zu verhindern, sie scheinen entschlossen, deren Gewalt nicht anzuerkennen. Mag Deutschland zu Grunde gehen, wenn ihre Herrschaft, die doch nicht ewig dauern kann, noch einige Monate sich halten kann.

Das allgemeine Durcheinander, von dem Noske sprach, ist sicher unser größte Gefahr, aber es wäre leichter Ordnung hereinzubringen ohne jene Reden- oder gar Ueberregierung der Räte. Deren Beseitigung wird mehr und mehr die Forderung der Stunde.

Sozialdemokratie und Wahlterror

Der „Vorwärts" sieht sich bemüßigt, in starker Entrüstung über einen angeblichen Fall konservativen Wahlterrors zu machen, den er noch heißen Bemühen endlich nun gefunden hat. Es soll sich um einen politischen Druckversuch eines Herrn von Puttkamer gegen einen Lehrer handeln. Die Einzelheiten lassen sich an Hand der „Vorwärts"-Darstellung nicht nachprüfen; die Erfahrung spricht dafür, daß eine objektive Prüfung andere Momente zur Beurteilung anlage fördern würde. Wie dem sei: wo Wahlterror vorliegt, wird jeder Verständige ihn verurteilen. Aber der „Vorwärts" ist etwas unvorsichtig, wenn er die nachdrückliche Bestrafung derartiger Unduldsamkeiten fordert. Wie leicht könnten seine Parteifreunde draußen im Lande, könnten zahlreiche treffliche A.- und S.-Räte darin eine starke Unfreundlichkeit gegen sie erblicken. Auch der „Vorwärts" kennt doch die Lager von Fällen, in denen brutalster und schamlosester Wahlterror von sozialdemokratischer Seite geübt worden ist, der die rote Begleitmusik bildet zu den Phrasen von Demokratie und Freiheit, die man in seinen Kreisen mit Verve im Munde führt. Wenn er also Bestrafung solcher Ausschreitungen fordert, so sind wir die ersten, an einem Strang mit ihm zu ziehen, und wir würden uns freuen, wenn seine Stellungnahme auf die Regierung einen tieferen Eindruck machte als die bisherigen, nutzlos geblieben Beschwerden aus den Kreisen der Vergewaltigten. Die Bekämpfung des Wahlterrors ist wirklich noch eine dankbare Aufgabe, und eine bedeutende, wenn die sozialistische Wirtschaft so weiter im Schwange bleibt. Wenn der „Vorwärts" sich als Ritter ohne Furcht und Tadel, der er zu solchem Zwecke schon sein muß, dieser Mission widmen will, so braucht er nicht in die Ferne zu schweifen; das Schlechte liegt für ihn nahe genug.

Persönlichkeiten in der Landesversammlung

Berlin, 30. Januar.

In die preußische Landesversammlung ist eine Reihe von bekannten Persönlichkeiten gewählt worden. Von der Deutschen Volkspartei: Staatssekretär Dr. von Krause, Prof. Dr. Leidig-Wilmersdorf, Amtsgerichtsrat Dr. Wilhelm Gört-Heide (Holstein). Von der Deutschnationalen Volkspartei: Graf Kanitz-Podangen, Staatsminister Oskar Hergt-Wernigerode, Schriftsteller Werner-Schöneberg.

*

Wirtschaftsleben und Nationalversammlung

Der Deutsche Wirtschafts-Kongreß beruft zum 6. Februar, dem Tage des Zusammentritts der deutschen Nationalversammlung, nach Berlin eine große Kundgebung, in der die Wünsche der gesamten deutschen Volkswirtschaft zum politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau des Deutschen Reiches zum Ausdruck gebracht werden sollen.

In einer Vorbesprechung gab Generaldirektor Brückmann einen Ueberblick über die notwendigsten Wünsche des deutschen Wirtschaftslebens für den Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft. Er verlangte u. a., daß in der neuen Verfassung dem Unternehmertum bestimmte Existenz- und Entwicklungsgarantien gegeben werden, dazu gehören die Unversehrtheit des Privateigentums und die klare Festsetzung der gesetzgebenden und verwaltungstechnischen Autoritäten, um jede Willkürherrschaft in Zukunft unmöglich zu machen. Ausführlich ging der Referent dann auf die Wünsche der Volkswirtschaft zum Frieden ein und erklärte, daß jeder Friede, der sich auch wirtschaftlich nicht auf dem Boden der 14 Wilsonschen Punkte stellt, abzulehnen sei.

Im Anschluß daran wurden Mitteilungen über den bundesstaatlichen Aufbau des deutschen Wirtschaftskongresses gemacht.

Auf der Berliner Kundgebung des Deutschen Wirtschaftskongresses am 6. Februar in der „Philharmonie" werden prominente Persönlichkeiten sprechen und neben den Wirtschaftsverbänden die Reichs- und Staatsbehörden, sowie die Waffenstillstandskommission vertreten sein.

*

Württembergs Regierung

Stuttgart, 30. Januar.

Die verfassunggebende Landesversammlung hat in ihrer gestrigen Sitzung mit 102 gegen 24 Stimmen einen Antrag angenommen, worin die provisorische Regierung, die ihre Aemter zur Verfügung gestellt hatte, beauftragt wird, die Geschäfte weiterzuführen.

*

Gotha gehört den Radikalen

Gotha, 30. Januar.

Der Unabhängige Bock, der bisher die Leitung der Regierung in den Händen hatte, ist zurückgetreten, um die Regierungsgeschäfte den Radikalen zu überlassen. Die Abiturienten des Gothaer Oberbürgermeisters ist bereits verfügt worden.

*

Die Ehre der Deutschen

Die Verfügung, nach der die deutschen Offiziere die alliierten Offiziere zuerst zu grüßen haben, ist von einem englischen General Ferguson erlassen worden. Die Waffenstillstands-Kommission hat die Engländer ersucht, für schleunige Aufhebung dieser Vorschrift zu sorgen, da sie bereits unliebsame und unpürdige Reibereien verursacht habe. Weiter wurde in der Sitzung in Spaa mitgeteilt, daß das zur Pflege der Verwundeten im besetzten Gebiet verbliebene deutsche Sanitäts-Personal ebenso wie das in Gefangenschaft geratene entlassen werden soll, sobald es nicht mehr benötigt wird. Das deutsche Ersuchen, das Sanitäts-Personal keinen gerichtlichen Untersuchungen und Bestrafungen auszusetzen, lehnten die Alliierten ab.

Neue Proteste der Offiziere

Berlin, 30. Januar.

Auch der Nationalverband Deutscher Offiziere wendet sich in einer Protest-Versammlung gegen den kriegsministeriellen Erlaß. Zum Wiederaufbau des Heeres seien Fachoffiziere notwendig, und der ganze Erlaß über die Kommandogewalt so kurz vor dem Zusammentritt der Nationalversammlung habe den Zwiespalt zwischen Offizieren und Räten vertieft. Eine Resolution sämtlicher Offiziere und Unteroffiziere die sofortige Aenderung des Erlasses erwarten, wird der Reichsleitung, dem Kriegsminister und durch eine Deputation auch dem Oberbefehlshaber Noske überreicht.

*

Libau noch in deutscher Hand

Danzig, 30. Januar.

Die Nachricht von der Räumung Libaus bestätigt sich nach Meldungen des Gouvernements Libau nicht. In der Stadt herrscht völlige Ruhe. Die Lage an der Front kann mit Zuversicht betrachtet werden. Die unwahren Nachrichten von der Räumung Libaus sind höchstwahrscheinlich absichtlich verbreitet worden, um den Nachschub von Kriegsmaterial und Truppen nach der Front zu unterbinden.

*

Edle Vertreter auf der Friedenskonferenz

Paris, 29. Januar.

Nach einer Havas-Meldung traten die Vertreter der Großmächte mittags zu einer zweistündigen Sitzung zusammen und hörten Demowsky, den einen Vertreter Polens, an, der andere Vertreter ist noch nicht angekommen. Sie werden in der Sitzung am Nachmittag die Vertreter der tschecho-slowakischen Republik Kramarcz und Benesz anhören.

Das japanische Kabinett soll sich mit dem Friedensprogramm des ersten früheren Premierministers, das 9 Punkte umfaßt, einverstanden erklärt haben. Danach soll Japan sich an die Auffassungen Englands, Frankreichs und Amerikas lehnen, soweit sie Deutschland und Rußland betreffen. Eine deutsche Basis soll es im Stillen Ozean nicht mehr geben. Die Marshall-, Karolinen- und Ladroneninseln sollen der Kontrolle Japans unterstellt werden. Tsingtau, der Hafen von Kiautschou und die Südsee-Meerenge sollen Japan zugesprochen werden. Punkt 9 fordert hauptsächlich die Beibehaltung der Politik der offenen Tür in China, da Japan an der Aufrechterhaltung des Friedens im fernen Osten interessiert sei.

Die Deutschen suchen Hilfe

Wien, 30. Januar.

Nach einer Meldung des Wiener Telegr.-Büros sagte Staatsrat angesichts der blutigen Unterdrückung der Deutschen Marburgs einen Beschluß, worin die Entrüstung über das Vorgehen slowenischer Truppen ausgesprochen wird. — Der Staatsrat für Aeußeres richtete an die Vertreter der neutralen Staaten, ferner an die in Wien weilenden bevollmächtigten Vertreter der Entente eine Verbalnote über die Vorgänge in Marburg, worin hervorgehoben wird, daß einzig und allein die Besetzung Marburgs und der angrenzenden Gemeinden durch Truppen einer dritten Macht Gewähr die Vermeidung einer Empörung bieten könne.

Aus Marburg eingetroffene Augenzeugen der slowenischen Mutlaten erzählen, daß das slowenische Militär willkürlich von der Schußwaffe Gebrauch machte, ohne das Verhalten der deutschen Bevölkerung nicht den geringsten Anlaß bot. Die Zahl der Todesopfer beträgt bisher acht. Heute wurde im Auftrage der jugoslawischen Behörden die deutsche Realschule gesperrt; es wurde auch damit begonnen, die Deutschen die Abgabe von Lebensmitteln zu verweigern. Die Studenten der Hochschulen in Graz nahmen Stellung zu den Vorgängen und beschlossen, mit aller Macht dafür einzutreten, daß die Untaten bestraft werden.

Die Nationalversammlung beschloß die Errichtung einer tschechischen Universität in Brünn.

Ueber die Zukunft der Landwirtschaft

Berlin, 30. Januar.

In der Hauptversammlung der Landwirtschaftskammer für Provinz Brandenburg hielt Dr. Rösicke einen Vortrag über „Die Zukunft der Landwirtschaft". Er beleuchtete die politischen Folgen der Revolution und des Waffenstillstandes und wandte die Frage auf, warum das Land bei den Nationalwahlen nicht gewählt habe, wie wir es erwartet haben. Der Grund dafür liege in der unheilvollen Zwangswirtschaft zu suchen, deren Beseitigung zunächst angestrebt werden müsse. Die Erzeugung muß vorart gesteigert werden, daß genügend Nahrungsmittel vorhanden sind, um die Zwangswirtschaft überflüssig zu machen, was aber nicht leicht und schnell zu erreichen sei. In dem straff organisierten Zusammenschluß der Landwirte und der Ausbildung des Genossenschaftswesens sieht der Redner einen Weg zur Steigerung der Erzeugung. Die Ansiedlungsfrage müßte warm beraten werden und vor allem muß das Verhältnis zwischen Stadt und Land ein besseres werden.

Der Zukunftsweg des deutschen Volkes

Von Prof. Dr. Paul Eltzbacher.

Es ist durchaus begreiflich, daß sich viele Leute bei den Wahlen noch nicht in dem neuen Parteiwesen zurechtfinden. Die Namen der neuen Parteien sind nicht leicht zu merken und in den Aufrufen, die die Parteien erließen, waren die eigentlichen Grundgedanken nur dem sehr aufmerksam und unterrichteten Leser klar. Erst nach und nach wird man allenthalben den großen Gegensatz erkennen, der die beiden sozialdemokratischen Parteien und die Demokratische Partei von den drei bürgerlichen Parteien, der Deutschnationalen Volkspartei, der Christlichen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei scheidet.

Die sozialdemokratischen Parteien und die Demokratische Partei stellen wirtschaftliche Ziele in den Vordergrund und versprechen ihren Anhängern Glück und Wohlstand. Die Sozialdemokratie will ihnen dadurch helfen, daß die Arbeiterklasse allmählich alle Bergwerke, Hütten, Fabriken und überhaupt die gesamte Produktion übernimmt; der Wohlstand aber soll durch die „Sozialisierung aller Produktionsmittel" erreicht werden. Die Demokratie erblickt umgekehrt den Weg zum Ziel im Weiterbestehen der wirtschaftlichen Selbständigkeit der Unternehmer, wenn sie sich auch zur Deckung der durch den Krieg uns aufgebürdeten Lasten mit der Verstaatlichung einzelner Wirtschaftsgebiete einverstanden erklärt. Die Sozialdemokratie und die Demokratie haben das miteinander gemein, daß sie den Menschen vor allen Dingen äußeres Glück versprechen, und daß sie ihnen dieses Glück durch wirtschaftliche Erfolge zu verschaffen hoffen.

Ganz anders ist der Standpunkt der drei bürgerlichen Parteien. Alle drei stellen sie ein Ideal in den Mittelpunkt ihres Programmes. Bei der Deutschnationalen Volkspartei ist es das Ideal des starken von deutschen und christlicher Gesinnung getragenen Staates, der nicht ein bloßes Mittel ist, seinen Bürgern Wohlstand und sonstige Annehmlichkeiten zu verschaffen, sondern in dessen Dienst umgekehrt der Einzelne freudig seine beste Kraft zu stellen hat. Ganz im gleichen Sinne tritt die Christliche Volkspartei (das ehemalige Zentrum) für den christlichen, die Deutsche Volkspartei (der rechte Flügel der früheren Nationalliberalen) für den nationalen Gedanken ein. Selbstverständlich lassen diese drei Parteien auch die wichtigen Fragen des wirtschaftlichen Wiederaufbaues nicht achtlos beiseite, aber ihre Grundanschauung liegt doch auf idealem Gebiete. Sie versprechen den Menschen nicht Glück, sondern sie mahnen sie an ihre Pflicht.

Niemals ist die Vertretung dieses Standpunktes notwendiger gewesen als heute. Mit unserem Streben nach äußerem Glück haben wir kläglich Schiffbruch gelitten. Im Leben des einzelnen Menschen ist man sich längst darüber klar, daß Reichtum nicht glücklich macht, im Leben der Völker verschließt man sich immer noch dieser Wahrheit. Während der Zeit unseres großen wirtschaftlichen Aufschwunges sind kostbare innere Werte vernichtet worden, das platte Land wurde entvölkert, die Städte wuchsen zu ungeheuren Riesengebilden an. Materialismus und Snobismus machten sich breit. Nun hat uns der Krieg auch noch den äußeren Wohlstand genommen, den wir mit so großen Opfern bezahlt hatten. Nur eine Möglichkeit gibt es für uns, in den kommenden schweren Zeiten erträglich und sogar glücklich weiterzuleben: wir müssen uns wieder mit dem Geiste des deutschen Idealismus durchdringen, der uns in den Zeiten der Wirtschaftsblüte nur zu sehr abhanden gekommen war. Alle äußeren Güter mag man uns nehmen, aber das zufriedenstellende Bewußtsein kann uns niemand rauben, das in dem Gefühl treuer Pflichterfüllung liegt. Der Augenblick ist nicht fern, an dem das deutsche Volk aus dem Rausch des einseitigen Strebens nach wirtschaftlicher Macht erwachen wird. Dann wird es sich dauernd den Parteien zuwenden, die ihm in einem Ideal den einzigen Trost und inneren Halt bieten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191901302-19/fragment/page=0002

Provinz Sachsen

Kirchliche Nachrichten aus der Provinz.

Das Eiserne Kreuz 1. Klasse erhielt: Pf. Zink-...; das Eiserne Kreuz 2. Klasse: Pf. Mendelson; Verdienstkreuz für Kriegshilfe: Pf. Lüttke und ...; die Rote Kreuzmedaille 3. Klasse: Dom-prediger Lic. Baumann. — Bestätigt wurden: Pf. Golling ...-Wollerode, Jahr als Oberpfarrer an Unser lieben Frauen ..., Hoffmann an der Reglerkirche in Erfurt, Ziethe für ...eben, Prof. Resch für Liebschütz, Stämmler als zweiter ... in Krassig. — Gestorben sind die Pfarrer: Willing, ... Dolius, Schuster, Sachß, Fischer, Schulze. — Er-ledigt sind die Pfarrstellen: Zweite Stelle an der Reglerkirche Erfurt, Cösseln, Düben (Oberpfarrerstelle), Oberdomprediger-stelle in Stendal, Ihlewitz, Biesen. — Ferner ist zu besetzen die ...stelle am Dom in Magdeburg. Die Besetzung erfolgt durch das Evangel. Konsistorium der Provinz Sachsen, doch sind Bewerbungsgesuche schleunigst an den Gemeindekirchenrat der Parochie zu richten.

*

Eg. S. Ostrau, 23. Jan. (Aus dem Geschlecht von Veltheim.) Der anhaltische Kammerherr und Kgl. preußische ... (im Zieten-Husaren-Regiment) a. D. Franz v. Velt-heim auf Ostrau gibt bekannt, daß seine jüngste Tochter Elisa-beth sich mit dem Hauptmann in der Garde-Maschinengewehr-Abteilung Nr. 2 Anton v. Veltheim verlobt hat. Die Braut ist ... zu Rathenow am 16. Mai 1897, ihre Mutter ist Frau ... Gräfin v. Lehndorff, eine Tochter des verstorbenen Landstallmeisters und Dirigenten des Kgl. Hauptgestütes in ... Gr. Georg v. Lehndorff und der Klara Gräfin v. Kalmin. ... ist eine Urenkelin des bekannten Halleschen Oberberg-hauptmannes Franz v. Veltheim auf Schloß Ostrau, der durch seine Gemahlin Marianne Gräfin v. Veltheim a. d. H. ... die Hälfte von Auerbachs Hof in Leipzig besaß. Hundert Jahre sind es her, seit die Bergleute von ...sfeld, welche er zu einem Pionierkorps ausgebildet hatte, ... pflegten:

Als Veltheim uns zusammenrief,
Da gings mit Bonaparte schief,
Er ward mit seiner ganzen Macht
Geschlagen in der Völkerschlacht.

Der Bräutigam ist ein Sohn des Herzoglich Braunschweigischen Hofjägermeisters Fritz v. Veltheim auf Destedt und der Else ...sial, einer Tochter des Anhaltischen Wirklichen Geh. Rats Anton v. Krosigk auf Gröna und der Marie v. Schliek-mann. — Gleichzeitig hat sich noch eine zweite Urenkelin des Oberberghauptmanns verlobt, nämlich Marie v. Veltheim, die zweite Tochter des im Kriege gebliebenen Kommandeurs vom Zieten-Husaren-Regiment Heinrich v. Veltheim. Der Bräutigam ist ihr früherer Schwager Georg v. Rohr a. d. H. Hohen-wulsch, Oberleutnant und Eskadronführer im Leib-Kürassier-Regiment Großer Kurfürst Nr. 1. — Das Geschlecht v. Veltheim gehört dem sächsischen Uradel an. Seit 1308 befindet es sich un-unterbrochen im Besitz von Harbke im Kreise Neuhaldens-leben. Ob die Familie abstammt von den Gebrüdern Adelgot de Veltem Grafen zu Osterburg 1087, Lauffried de. V. 1068 und Burchard de V., Bischof von Halberstadt, ist fraglich, wenn auch das Grafendiplom vom 6. Juli 1798 diese Abstammung ausdrück-lich anerkennt. Wappen: geviert 1 und 4: in Gold 2 schwarze, mit einem silbernen Streifen durchzogene Balken. 2 und 3: ein aufrecht stehender, oben gestümmelter roter Baumast mit einem roten Blatt an jeder Seite.

— **Gnadau**, 28. Januar. (Bei der Preußenwahl) wählten in Gnadau 60 Deutschnational, 85 Deutsche Volkspartei, 47 Demokratische Volkspartei, 61 Sozialdemo-kratische Partei, 6 Christliche Volkspartei.

R. **Dessau**, 29. Jan. (Stadt Leopoldshall) Die Sehnsucht, Leopoldshalls, in die Reihe der anhaltischen Städte eingefügt zu werden, hat ihre Erfüllung gefunden. Die Landes-versammlung genehmigte in ihrer Sitzung am Dienstag den Gesetzentwurf, wonach Leopoldshall zur Stadt erhoben wird. Leopoldshall verdankt seine Entstehung den Salzschächten, die von der anhaltischen Regierung in den Jahren 1858 bis 1862 in der Neundorfer Feldmark abgeteuft wurden. Während der Ort 1864 nur 152 Einwohner besaß, zählt er jetzt gegen 6500. — Um der Wohnungsnot in Anhalt einigermaßen zu begegnen, stellte die Landesversammlung eine Summe von 500 000 Mk. zur Ver-fügung. Sie soll in Form von Zuschüssen den Gemeinden, Bau-genossenschaften usw. gewährt werden.

y. **Vom Südharz**, 29. Jan. (Brand.) Das wegen seiner herrlichen Lage im Bäretale bei Ilfeld bekannte Gasthaus „Netzkater" ist am frühen Morgen des letzten Montags mit allem Inventar vollständig niedergebrannt. Das Schadenfeuer soll durch einen Schornsteinbrand verursacht worden sein. Die Familie des Besitzers Liesegang rettete nur das nackte Leben. — Die Schließung der Mahlmühle des Mühlenbesitzer Robert Gerlach im Flecken Neustadt unterm Hohnstein ist bis auf weiteres vom Landrat und vom Exekutiv-Komitee der Arbeiter- und Soldatenräte des Kreises Ilfeld wegen Verstoßes gegen die bestehenden Bestimmungen erfolgt.

Amtliche Bekanntmachungen

Bekanntmachung.

Diejenigen Offiziere, Unteroffiziere und Mann-schaften, die in der Zeit vom 5.—9. Januar 1919 von der Werbestelle Magdeburger Straße Nr. 67 für die 10. Armee angeworben sind, melden sich Montag, den 3. Februar 1919, mittags 1 Uhr in ihren Entlassungs-anzügen in der Walterschen Fabrik in Halle a. S.-Trotha, Schleusenstraße zum Dienstantritt.

Halle a. S., den 29. Januar 1919.

Garnison-Kommando Halle a. S.

Bekanntmachung.

Für den diesseitigen Amtsbezirk wird am 1. Februar d. Js. **ein öffentlicher Arbeitsnachweis** eröffnet unter der Bezeichnung: **„Arbeitsnachweis Ammendorf"**

Das Geschäftslokal befindet sich bei der hiesigen Amtsverwaltung Zimmer Nr. 15.

Geschäftsstunden: werktäglich von 8 bis 1 Uhr vormittags. Leiter des Arbeitsnachweises: Amtssekretär Lukatus. Fernsprech-anschluß: Amt Ammendorf Nr. 74.

Die Stellenvermittlung erfolgt sowohl für Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer kostenlos.

Ammendorf, den 28. Januar 1919.

Der Amtsvorsteher. Hähn. — **Der Arbeiterrat.** I. A: Schiepe.

Bekanntmachung.

Unter dem Ochsenbestande des Rittergutes Gutenberg ist die Maul- und Klauenseuche amtstierärztlich festgestellt und ist die Gehöftssperre dieserhalb verhängt.

Sennewitz b. Halle, den 29. Januar 1919.

Der Amtsvorsteher.

Hauptschriftleiter: Helmut Böttcher.
Verantwortlich für den politischen Teil: Helmut Böttcher; Volkswirtschaft: Ferdinand Querfurt; für die Abteilung Kunst, Wissenschaft, Unterhaltung, sowie für den lokalen Teil: Adolf Meyer, für provinzielle Nachrichten, Gerichtssaal und Sport und den übrigen redaktionellen Teil: Ferdinand Querfurt; für den Anzeigenteil: Paul Kersten; sämtlich in Halle a. S.
Verlag und Druck der Halleschen Zeitung Otto Thiele, Halle a. S.
Verlagsdirektor Robert Boesch.

An die Aerzte
in der Provinz Sachsen u. in Anhalt.

Auf Veranlassung des Zentralkomitees für das ärztliche Fortbildungswesen in Preußen findet in **Halle a S.** ein

Kursus in der Frühdiagnose u. Frühbehandlung übertragbarer Geschlechtskrankheiten

statt. Er wird an vier aufeinander folgenden Sonntagen von 11—12½ von Herrn **Professor Dr. Sowade** im Gebäude der **Klinik Grünstraße 5,6** abgehalten und

beginnt am 16. Februar.

Der Kurs ist unentgeltlich. Auswärtswohnende Aerzte bekommen die baren Unkosten der Reise (2. Klasse) vergütet und erhalten Tagegelder.

Anmeldungen sind zu richten an Herrn **Geheimrat Professor Dr. Schieck**, Augenklinik, Halle a. S., der die Teilnehmerkarten ausstellt.

Raft.
Geiststraße 28.
Elektrische Installation für **Licht- u. Kraftanlagen** jeder Art und Größe.
Technische Ratschläge (Ingenieurbesuch) kostenlos.
Beleuchtungskörper :: Glühlampen.

Landwirt,
38 J., Leiter groß. Güter Halle-Leipzigs seit Jahren mit besten Erfolgen, Landw. als Kaufm. auf der Höhe, **sucht Beteiligung mit 50 Mille** an landw. Unternehmen eines Nichtfachmannes, Gelegentl. bei Administration derselben oder Kriegswitwe. Off. unt. **Z. 989** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Revisions- u. Bilanzarbeiten
übernimmt
P. Altmeyer, Bücherrevisor, Gr. Steinstr. 56.

Ich bin bei den hiesigen Gerichten als **Rechtsanwalt** zugelassen worden und übe meine Praxis gemeinschaftlich mit meinem Bruder, dem
Rechtsanwalt Dr. jur. Walther Schreiber
hier aus.
Unser **Büro** befindet sich **Friedrichstrasse Nr. 70 pt.**, gegenüber dem Stadttheater. (Telefonnummer 6853.)
Rudolf Schreiber,
Rechtsanwalt.

Sprechstunden bis 1. April
nur 11—1 Uhr.
Dr. Graevinghoff,
Kinderarzt, Martinsberg 15.

Freikorps Lützow!

Wieder wie vor hundert Jahren ist die Not des Vaterlandes aufs höchste gestiegen! Zu seinem Schutze gegen Bolschewismus und polnische Anmaßung sind zuverlässige Truppen unter erprobten Führern unbedingt erforderlich!

Wieder ruft ein **Lützow'sches Freikorps** alle Wehrfähigen, die sich die alte Treue und Liebe zum deutschen Vaterlande bewahrt haben, insonderheit ehemalige Angehörige der Jägerwaffe und des Inf.-Regts. von Lützow (1. Rhein.) Nr. 25, als **freiwillige Jäger** in seine Reihen!

Wieder soll das Korps ein Muster freudiger Hingabe an das Vaterland, freiwillig geleisteter straffer Disziplin und deutscher Gesinnung sein!

Und wieder wird dem Korps dann der Dank des Vaterlandes in Wort und Schrift, in Sang und Klang sicher sein!

Die Aufstellung des Korps erfolgt mit Genehmigung und im Auftrage der Reichsregierung im Rahmen der erprobten Garde-Kavallerie-Schützen-Division.

Korpsabzeichen ist Jagdhorn auf jedem Kragenspiegel.

Bedingungen: Mobile Löhnung, Tageszulage 5 Mark, freie Unterkunft, Verpflegung und Ausrüstung.

Für Auswärtige möglichst Fahrschein des entlassenen Truppenteils, wo solche nicht erhältlich, Erstattung der Militärfahrkarten nach Verpflichtung beim Freikorps.

Meldungen: Bei der Annahmestelle der Garde-Kav.-(Sch.)-Division in Berlin im Deutschen Künstler-Theater, Nürnberger Straße 70/71, und im Geschäftszimmer des Korps, Berlin W. 9, Bellevuestr. 15.

Stichwort: „Lützow's wilde, verwegene Jagd" angeben.

Uniform, Waffen und Ausrüstung mitbringen!

Eile tut not!

Freikorps Lützow.

Niederlassung für Arzt
in der Nähe von Halle möglichst mit etwas Landwirtschaft gesucht.
Angebote unter U. D. 6839 an **Rudolf Mosse, Halle a. S.**, erbeten.

TRAUERBRIEFE TRAUERKARTEN
liefert sauber, schnell und preiswert die
Buch- u. Kunstdruckerei Otto Thiele
Hallesche Zeitung, Halle-Saale, Leipziger Str. 61-62

Heute mittag 1 Uhr entschlief sanft an den Folgen des grässlichen Völkermordens unser seelensguter, hoffnungsvoller, uns unvergesslicher, lieber, guter Sohn und Bruder

Walter

im blühendsten 25. Lebensjahre.

Wansleben a. See, den 28. Januar 1919.

In tiefem Schmerze
Emil Dockhorn, Vater,
Helene Dockhorn geb. **Pippel,**
Paul Dockhorn, Bruder.

Die Beerdigung findet Sonnabend, den 1. Februar cr., nachmittags 3 Uhr statt.

Speisezimmer
Herrenzimmer
Damenzimmer
Schlafzimmer
Küchen
grosse Auswahl
in einfacher bis ganz reicher Ausführung.
Möbelfabrik
Albert Martick Nachf.
Inh. Richard Ziemer,
Halle a. S., Alter Markt 3.

Statt Karten.

Die Verlobung meiner Tochter **Helene** mit dem Rittergutsbesitzer Herrn **Bruno Hornig**-Oberlinda beehre ich mich anzuzeigen.

Kirchedlau, Januar 1919. (b. Könnern a. Saale)

Wilhelm Sturm.

Meine Verlobung mit Frau **Helene Winkelmann** geb. **Sturm** beehre ich mich anzuzeigen.

Dominium Oberlinda, Jan. 1919. (Kreis Lauban)

Bruno Hornig.

Heute mittag ½1 Uhr entschlief sanft nach längerem Leiden unsere gute, treusorgende Mutter, Schwester, Schwägerin, Schwieger- und Großmutter, meine aufopfernde, treue Hausdame, Frau

Adelheid v. Gfug

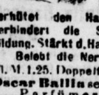
im Alter von 66 Jahren.

Halle, Ludwig-Wuchererstr. 30, den 27. Januar 1919.

Im Namen aller Hinterbliebenen
Else v. Gfug.
Friedrich Günther, Rentier.

Trauerfeier und Einäscherung findet Freitag nachm. 3 Uhr von der gr. Kapelle des Gertraudenfriedhofes aus statt. Beileidsbesuche dankend abgelehnt.

40 jähriger Erfolg!
Zur Haarpflege



antiseptisch belebend nervenstärk. Erfrischend.
Kräuter-Extrakt
verhütet den Haarausfall, verhindert die Schuppenbildung. Stärkt d. Haarwuchs. Belebt die Nerven.
Fl. M. 1.25, Doppelfl. M. 2 bei
Oscar Ballin sen. u. jun.
Parfümerie,
Leipzigerstr. 91 und 63.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191901302-19/fragment/page=0003

Zur gefl. Beachtung!

Der Stoffmangel hält fernerhin an.

In meiner Sonder-Abteilung werden gewendet oder umgearbeitet sämtliche

Zivil- und Uniform-: Kleidungsstücke:

Auskünfte über sachgemäße Verwendung und Preis-Berechnung erfolgt kostenlos.

G. Aßmann

Gr. Ulrichstraße 49.

Freikorps Lützow

Zum Schutze des Vaterlandes!

Wehrfähige aller Waffen, eilt in unsere Reihen

Jäger — Infanteristen — Kavalleristen — Artilleristen — Pioniere Schreiber — Handwerker willkommen und erwünscht.

Meldungen: Annahmestelle der Garde-Kavallerie-(Sch.)-Division, Berlin, Nürnbergerstraße 70/71, sowie im Geschäftszimmer des Freikorps, Berlin W., Bellevuestraße 15.

Bedingungen: Mobile Löhnung, Tageszulage 5 Mark, freie Unterkunft, Verpflegung und Ausrüstung.

Freikorps Lützow

Walhalla-Operetten-Theater.
Täglich 7½ Uhr:
Inkognito.
Operette v. Kraatz u. Kressler. Musik von Rud. Nelson.
Sonntag nachm. ½4
Frau Holle oder Prinzess Tausendschön.
Kl. Pr. Militär u. Kinder halbe Preise.
Kasse 10—1½ u. 4—6.

Batist-Kragen für Blusen und Jacken, steter Eingang v. Neuheiten, sehr preiswert.
H. Schnee Nachf., Gr. Steinstr. 84.

Apollo-Theater.
Täglich abends 7½ Uhr:
„Polnische Wirtschaft"
Operette in 3 Akt. v. J. Gilbert. Fiedler .. Dir. Max Walden
Vorverkauf 9—1 u. 5—7½.
Sonntags ununterbrochen.

Stadt-Theater
Freitag, den 31. Jan. 1919.
Anf. 6½ Ende 9¼ Uhr
Ueber unsere Kraft II.
Schauspiel von Björnson.
Sonnabend
Lohengrin.

Thalia-Theater
Gastspiel des Stadttheater-Personals
Sonntag, d. 2. Februar 1919 abends 7½ Uhr
Renaissance.
Lustspiel von Schönthan u. Koppel-Ellfeld.

Freiwillige vor!

Kameraden! Deutschland ist in schwerer Gefahr! Während wir an dem Ausbau unserer inneren Freiheiten arbeiten, ist die Freiheit unserer Landsleute im Osten, aus dem täglich erschütternde Hilferufe an uns gelangen, von außen bedroht. Noch ein paar Tage ohne energische Abwehr, und wir müssen befürchten, daß weitere Gebiete im Osten dem polnischen Imperialismus zum Opfer fallen, der unter Brechung von Gesetz und Landesfrieden die schwerste Stunde der jungen deutschen Republik mißbraucht. Die Regierung und Volk protestieren gegen diese Versuche, vor Friedensschluß die Welt vor fertige Tatsachen zu stellen. Wir haben die Wilson-Punkte als Grundlage für den künftigen Frieden angenommen und werden sie gewissenhaft halten.

Kameraden! **Proteste allein nützen nichts,** sie ersetzen die Nahrungsmittel nicht, die uns gesperrt werden, sie schaffen die Kohlen nicht, ohne die unser Wirtschaftsleben zugrunde gehen muß, sie bringen uns das Ansehen nicht zurück, das uns verloren geht. Sie helfen den Kameraden in den Ostsee-Provinzen zu keinem ungestörten Abzug. Wehren müssen wir uns. Meldet euch freiwillig zum Grenzschutz; bei jedem Bezirkskommando werden Meldungen entgegengenommen und euch die günstigen Bedingungen mitgeteilt, unter denen die Anwerbung von Freiwilligen erfolgt. Wir wollen euch in keinen neuen Krieg führen. Ihr sollt das **Vordringen von Landesfriedensbrechern aufhalten.** Ihr sollt das Ueberrumpeln wehrloser Städte und Dörfer verhindern. Ihr sollt es unmöglich machen, daß Fremde nach Deutschland wie in ein herrenloses Haus eindringen und sich festsetzen. Ihr sollt als republikanische Wehrmänner die Errungenschaften der Revolution sicherstellen und die im Innern geschaffenen Neueinrichtungen verteidigen. Noch jede Revolution, die französische wie die russische, hat unter der Fahne ihrer neuen Ideale freiwillige Armeen aus der Erde gestampft. Folgt dem Rufe der deutschen Revolution. Sie kann ohne eure Hilfe ihre Ziele nicht erreichen. Zeigt, daß die Revolution den Militarismus getötet hat, aber nicht die freiwillige Schutzbereitschaft ihrer freiwilligen Bürger. Die Republik ruft euch, sie sorgt für euch, aber sie braucht euch auch. **Freiwillige vor!**

Die Reichsregierung.

Ebert. Scheidemann. Landsberg. Noske. Wissel.

Generalkommando IV. Armeekorps.

Abt. Ia Nr. 800.

Ausführungsbestimmungen.

I. Freiwillige für die Gebiete des Befehlsbereichs Obost — außerhalb der Reichsgrenzen — und Grenzschutz Ost — innerhalb der Reichsgrenzen — können sich bei jedem

Garnisonkommando oder Bezirkskommando

melden, die nähere Auskunft erteilen.

Unmittelbare schriftliche oder mündliche Meldungen beim Kriegsministerium, Obost, Generalkommando oder einer anderen Dienststelle sind **zwecklos** und werden **nicht berücksichtigt.**

II. Jeder Freiwillige hat seinen **Entlassungsanzug** mitzubringen. Soweit er noch feldbrauchbar, kann er vom Staat gegen den Abschätzungswert abgekauft werden. Ein entsprechender Vermerk in den Militärpaß ist aufzunehmen.

III. **Bedingungen:**

1. In Betracht kommen nur felddienstfähige, moralisch einwandfreie Persönlichkeiten, die mit der Waffe ausgebildet sind. Sie müssen mindestens ½ Jahr Frontdienst getan haben. Hierunter ist zu verstehen:
   a) Infanterie und Artillerie: Verwendung im Bataillons- oder Batterieverbande.
   b) Kavallerie: Verwendung im Kav.-Schützenregiment oder als Div.-Kav.
   c) Pioniere: Verwendung im Kompanie-Verbande.
   d) Nachrichten-, Eisenbahn-, Fliegertruppen und Kraftfahrer: Verwendung bei Feldformationen im Operations- oder Etappengebiet.
   e) Trainformationen: Verwendung bei Feld- oder Etappen-Formationen.

   Auch Matrosen, die infanteristisch ausgebildet sind und sonst den Bedingungen entsprechen, können angeworben werden.
   Jahrgang 99 oder jüngere kommen vorläufig nicht in Frage.
2. Verpflichtung auf einen Monat vom Tage des Eintreffens beim Truppenteil mit vierzehntägiger Kündigungsfrist am 1. und 15. d. Mts. Wird die Kündigung zu dieser Frist von einer der beiden Seiten nicht ausgesprochen, so gilt der Vertrag um einen Monat verlängert. Die Entlassung eines Freiwilligen kann nur von dem Truppenteil ausgesprochen werden, bei dem er Dienst tut.
3. Unterordnung unter die eingesetzten Vorgesetzten, denen **Soldaten-(Vertrauens-)Räte zur Seite stehen.** Anerkennung der bisher gültigen Kriegsgesetze. (Änderung derselben ist eingeleitet.)
4. Anerkennung nachstehender Gebührnisse für Obost und Grenzschutz Ost, gültig von 1. 1. 1919 ab:

A. Offiziere und Beamte:
   a) mobile Gebührnisse,
   b) soweit sie als Offiziere nach Maßgabe ihrer Kriegsstelle, als Beamte nach Maßgabe ihrer Friedensstelle auf Wohnungsgeldzuschuß Tarifklasse 3—6 angewiesen wären, eine Zulage von 5 Mark täglich, zahlbar am Monatsdrittel nachträglich.

B. Unteroffiziere und Mannschaften:
   a) mobile Löhnung nach den Dienstgraden mindestens 30 Mark monatlich.
   b) Zulagen: Im Grenzschutz Ost 5 Mark täglich. Im Gebiet des Obost außerhalb des Reiches 5 Mark täglich und eine monatlich nachträglich zu zahlende Treuprämie. Diese beträgt für den 1. Monat 30 Mark, für jeden weiteren Monat steigend um 5 Mark bis zu 50 Mark.

5. Verpflegung:
   a) Im Gebiet des Obost: Mobile Verpflegung.
   b) Im Grenzschutz Ost: Stäbe und Truppen erhalten Feldportionen aus den Truppenküchen. Selbstbeköstigung ist unzulässig. Läßt sie sich in Einzelfällen nicht umgehen, so ist eine Entschädigung von 5 Mark für den Tag zuständig. In jedem Falle ist jedoch die Entscheidung des Generalkommandos einzuholen.
6. Unterkunft:
   Sowohl im Gebiet des Obost als auch im Grenzschutz Ost ist die Unterkunft der Offiziere und Mannschaften frei.
7. Versorgung:
   a) Die Freiwilligen gelten als vorübergehend zum aktiven Militärdienst herangezogen im Sinne der Militärversorgungs-Gesetze.
   b) Die Ansprüche auf Familienunterstützung laufen weiter und werden neu begründet.
   c) Die freiwillige Dienstzeit rechnet für Invaliden- und Altersversicherung wie Dienst im aktiven Heere.

Magdeburg, den 15. Januar 1919.
Von seiten des Generalkommandos.

Der Chef des Generalstabes.
v. dem Hagen,
Oberstleutnant.

Der Exekutivausschuß IV. Armeekorps.
Bock.

Deutschnationale Volkspartei

Volksverein Halle u. Saalkreis.

Am **Sonnabend, den 1. Februar, abends 7½ Uhr** findet im **„Mozartsaal"** in Halle eine

Mitgliederversammlung

statt.

Tagesordnung:

1. Bericht über die Wahlen zur preußischen Landesversammlung.
2. Beschlußfassung über die künftige Vereinstätigkeit.

Der Vorstand.

Hohenzollern-Hof
(Grand Hotel)
Magdeburgerstr. 65.
Wein- und Bierstuben.
Jeden Abend ab 6½ Uhr **Künstler-Konzert** allerersten Ranges.
Morgen Freitag sowie jeden Dienstag
Tanz-Abend.

Saal der Loge zu den 5 Türmen, Albrechtstrasse
Mittwoch, 5. Februar, abends 7½ Uhr
Chopin-Abend
Lambrino
Fantasie f-moll, Ballade As-dur, 3 Nocturnes, Sonate h-moll, Barcarole, 2 Valses, 2 Mazurkas, Polonaise As-dur.
Konzertflügel „Blüthner"; Vertreter: B. Döll.
Keine Freikarten.
Gelöste Karten für den im November verlegten Abend haben Gültigkeit.
Karten zu Mk. 4.10, 3.10, 2.10, 1.05 in der Hofmusikalienhandlung Heinrich Hothan.

Konzertdirektion: Siegfried Kummerehl
Thaliasäle
Dienstag, den 11. Februar 1919, abends ½8 Uhr
Schubert-Schumann Liederabend.
Gegeben von
Charlotte Bartschat, Curt Schoenert, Oskar Braun.
Karten zu 3.10, 2.10, 2.10 und 1.05 M. sowie Vorzugskarten für Studierende und Schüler bei H. Hothan, Gr. Ulrichstraße u. an d. Abendkasse.

Gebr. Bethmann
Werkstätten für Wohnungskunst
Halle a. d. S.
Große Steinstraße 79-80.
Stilvolle Damenzimmer.

Eleg. Damen-Masken Auswahl verleiht
E. Wernicke, A. Promenade Theaternähe.
2 elegante Herren-Masken

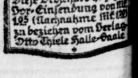
Zoo.
Heute Donnerstag, abends 7 Uhr
Großes Extra-Militärkonzert
(Streichmusik)
vom aktiven Trompeterkorps des Mansf. Feld-Art.-Regts. Nr. 75
zur Feier des 25jähr. Mil.-Dienstjubiläums des Obermusikmeisters
Karl Steuer.

Zöpfe
Alle Haarersatzteile.
G. Niedermann
1 Poststraße 1.

Damenhüte
werden nach den neuesten Form. umgepreßt, gefärbt, umgenäht u. aufgarniert.
Martha Elze, Zinksgartenstrasse 14.
Putzgeschäft.

Moderne **Halsketten** für Damen u. Kinder (viele Neuheiten).
H. Schnee Nachf. Gr. Steinstr. 84.

Harmoniums in allen Preislagen, ebenso Orgel-Pedale zum Ueben
C. Rich. Ritter
Flügel- u. Piano-Fabrik

Was ist **Stepp-Kapot**
für Militär, Zivil, Sport

Diese Broschüre ist gegen Vor-Einsendung von Mk. 1,05 (Nachnahme Mk. 1,20) zu beziehen vom Verlag Otto Thiele Halle-Saale

Halle und Umgebung

Halle, 30. Januar

Offizierbund

In der gestrigen, vom Vorstand der hiesigen Ortsgruppe des Deutschen Offizier-Bundes (D. O. B.) einberufenen Versammlung sprach Lt. v. Moers von der Bundesgeschäftsstelle in Berlin über Zwecke und Ziele des D. O. B. und seine Einrichtungen unter Berücksichtigung der neuesten kriegsministeriellen Erlasse. Trotz mangelnder Unterstützung von seiten der Bundesleitung, was bei einem so jungen Unternehmen, wie es der D. O. B. darstellt, nichts Widernatürliches ist, herrscht in den zahlreichen Ortsgruppen bereits reges Leben. Dies wird in Zukunft unterstützt und gefördert werden durch engste persönliche Fühlungnahme mit dem Hauptausschuß. Den Anstoß zu diesem über das ganze Deutsche Reich, soweit man von einem solchen noch reden kann, ausgebreiteten Bunde gaben die wirtschaftlichen Interessen des Offizierstandes, der, bis dahin in einem besonderen Verhältnis zu seinem Herrscherhause stehend, sich plötzlich infolge der Revolution seines Rückhaltes, den ihm der Staat bot, beraubt sah. Die Bewegung geht vom Menschen und Staatsbürger aus. Parteipolitische und reaktionäre Ziele liegen ihr fern. Er steht hinter jeder Regierung, welche die Wahrung des Standes verbürgt. Diese Interessenvertretung, u. a. auch bei der Gesetzgebung, zerfällt in mehrere Unterabteilungen: Berufsberatung, Stellenvermittlung, Kriegsbeschädigtenfürsorge, Schutz und Hilfe für Waisen und Witwen gefallener Offiziere, Gefangenenfürsorge. Der Hilfsbund kriegsbeschädigter Offiziere hat sich dem D. O. B. weitgehendst zur Verfügung gestellt. Die Arbeit auf allen diesen Gebieten liegt den einzelnen Ortsgruppen ob, wie z. B. Klärung der Lage auf dem Arbeitsmarkt. Eine besondere Frauenberatungsstelle für Bundesangehörige ist eingerichtet. Da mit allem Nachdruck Wert darauf gelegt werden muß, an die Oeffentlichkeit zu treten, wurde das Deutsche Offiziersblatt als Bundesorgan gewählt. Eine besonders beachtliche Einrichtung des D. O. B. ist die Schaffung einer Siedlungsmöglichkeit auf breitester, genossenschaftlicher und bodenreformerischer Grundlage. Der Name Damaschke, der dem Bund beratend zur Seite steht, bürgt für einen gesunden Aufbau der Siedlung. Ein 5600 Morgen großes Gut ist erworben, um auf ihm Siedlungsstellen in Größe von 1—40 Morgen zu schaffen. Eigene Schule, Arzt, Veterinär sind vorgesehen. Der Rest des Gutes wird von fachkundigen Landwirten verwaltet, die den Siedlern mit Rat und Tat zur Seite stehen wollen. Eine Kreditgenossenschaft zur Schaffung der nötigen Ausbildungsgelder ist im Entstehen. All diese Einrichtungen sollen dazu beitragen, das wichtigste, moralische Ziel, ein neues Band staatsbürgerlicher Gesinnung nicht unter Versprengten einer verfallenen Gemeinschaft, sondern in einem Stand, dessen Wahrzeichen immer ihre kameradschaftliche Solidarität war und der beim Wiederaufbau unseres Vaterlandes nicht übersehen werden darf, zu verwirklichen. Hptm. Schmidt eröffnete die Debatte mit dem Hinweis auf den kürzlich verflossenen 60. Geburtstag unseres früheren Kaisers, zu dessen Ehren sich die Versammlung von ihren Plätzen erhob, und stellte die Forderung auf, der D. O. B. möge sich auf Kranke, Witwen und Waisen beschränken, und wies auf den Grenzschutz im Osten hin, wo der D. O. B. durch Schaffung annehmbarer Bedingungen für dort eintretende Offiziere ein bisher vernachlässigtes Arbeitsgebiet vor sich habe. Nach lebhafter Besprechung des letzten kriegsministeriellen Erlasses betreffend Rangabzeichen und Kommandogewalt wurde eine entsprechende Resolution der Bundesgeschäftsstelle übermittelt.

H—r.

Die Bezirks-A.- und S.-Räte Merseburg

hielten gestern eine Konferenz im „Volkspark". Es sprach Genosse Düwell über die zukünftigen Aufgaben der A.- und S.-Räte. Das Bestehen der A.- und S.-Räte sei durch die jetzige Regierung gefährdet. Die Nationalversammlung habe kein Recht, die A.- und S.-Räte auszuschalten. Redner kritisierte den neuen Verfassungsentwurf, besonders die Mischung des Grundbesitzes in Groß-, Mittel- und Kleingrundbesitz. Um die Sozialisierung durchzuführen, müßten auch die A.- und S.-Räte bleiben. Diese müßten auch in den Gemeinden die Aufsicht über die richtige Auslegung der Gesetze führen. Die wichtigste Aufgabe sei es, zur Durchführung der Sozialisierung die mächtigste Waffe zu schärfen — den Generalstreik. Der Streik müsse aber politisiert werden. Die A.- und S.-Räte müßten den Gewerkschaften die Streikführung aus der Hand nehmen.

Genosse Koenen bemerkte, daß, wenn man nur mit dem Regierungspräsidenten zu tun hätte, sich die Geschäfte leicht abwickeln würden. Die meisten Redner traten dem Standpunkt bei, daß die A.- und S.-Räte bestehen bleiben müßten. Ein Redner aus dem Mansfelder Gebirgskreis sprach sich gegen die Werbearbeit für den Grenzschutz aus.

Der Beschluß des Delegiertentages des 4. A.-K., sich den neuen Heeresbestimmungen über die Kommandogewalt zu widersetzen, erntete stürmischen Beifall. In die Reichssozialisierungskommission sollen zwei Vertreter des Mitteldeutschen Braunkohlenbergbaues berufen werden. Als Vertreter der Bergarbeiter wird der Steiger Peters-Schlettau vorgeschlagen.

In der Nachmittagssitzung sprach Genosse Koenen über die Sozialisierung der Großbetriebe. Er sieht die Wirkung der Vergesellschaftung in rosigstem Lichte. Mit der Zeit werde auch der Kleinbetrieb überwunden werden. Zunächst will er Kohlen, Erze und Eisen, später die elektrische Kraft, das Versicherungswesen, die Hypothekenbanken sozialisieren. Bemerkenswert ist, daß er bei der Sozialisierung der Hypothekenbanken einen Einfluß auf die Landwirtschaft gewinnen will, um auch diese bis zu einem gewissen Grade zu vergesellschaftlichen. Den Großgrundbesitz will er vor allen Dingen aus politischen Gründen sozialisieren, weil diese in ihrer politischen Ueberzeugung nicht „unabhängig" sind. Aber auch für den Kleinbauer hat er wenig Interesse. Durch „Aufklärung" soll ihm die Liebe zum Besitz genommen werden. Schwierigkeiten sieht der Redner bei der Produktionsregelung und dem Verkehr mit dem Auslande. Mit der Lösung der Frage muß sofort begonnen werden, wenn man auch nicht Hals über Kopf beginnen dürfe. Die Verhandlung wurde nach längerer Aussprache vertagt.

Die Sozialisierung im Bergbau

Ueber dieses Thema sprach im letzten Volksabend Bergassessor Klein. Redner zeigte die Entwicklung der Eigentumsverhältnisse im Bergbau und gab eine eingehende Darstellung über die Sozialisierungsbestrebungen. Wenn dem Privatbergbau der Vorwurf gemacht würde, er triebe Raubbau, so besteht dieser Vorwurf nicht zu Recht. Die staatlichen Bergbaubetriebe arbeiteten unrentabler wie die privaten Unternehmungen. Eine wirtschaftliche Uebermacht gewisser Kapitalien in der Industrie sei auch nicht durchweg vorhanden. Wohl sei die Kapitalsmacht der Großbanken zu fürchten, deren Interessen oft mit den vaterländischen Interessen nicht harmonierten. In der Lohnfrage bestehen wesentliche Unterschiede zwischen den staatlichen und privaten Betrieben. Die Frage, in welcher Form die Sozialisierung vor sich gehen solle, wird verschieden beantwortet. Nach der Arbeit der Sozialisierungs-Kommission kann man mit einer Betriebsenteignung rechnen. Radikalere Pläne gehen weiter, besonders von denjenigen, die da glauben, daß die jetzigen hohen Löhne verewigt bleiben, und die eine Verteilung des Gewinnes an die Arbeiter vornehmen wollen. Unklar ist die Ansicht über die Art der Sozialisierung jedenfalls noch. Ledebour hat in einer Versammlung sich dahin ausgedrückt, daß die gesamte Industrie aufs Land müsse und die Arbeiter dort teils in der Industrie, teils in der Landwirtschaft tätig sein sollen. Das ist praktisch nicht durchführbar. Kautsky meint, daß, wo heute für jeden Arbeiter, selbst wenn er keine Arbeit hat, die Existenz sichergestellt ist, nur der Unternehmer noch der Leidtragende bei der heutigen Wirtschaftsweise sein wird und froh ist, wenn er schließlich seinen Betrieb abstoßen kann. Eine andere Art der Sozialisierung ist eine derartige Besteuerung, die jedem Unternehmer von Anfang an die Lust nimmt, einen Betrieb zu eröffnen. Was erwarten eigentlich nun die Arbeiter von der Sozialisierung? Daß eine Verbilligung der Produktions-Erzeugnisse eintritt, ist unwahrscheinlich. Sie würde auch in direktem Gegensatz zu der zweiten Erwartung stehen, daß die jetzigen hohen Lohnverhältnisse anhalten und eventl. noch weiter steigen. Bei der Sozialisierung gibt es nur einen Arbeitgeber, das ist der Staat, dieser hat die Macht und wird sie auch ausüben müssen, wenn er seine Einnahmen vermehren will. Als Beweis für ein gelungenes Sozialisierungs-Experiment wird stets die Eisenbahn angeführt, dies jedoch mit Unrecht. Amerika nahm bei Kriegsbeginn die gesamten Eisenbahnen unter Kontrolle und es ist bemerkenswert, daß seit dieser Zeit der Betrieb mit Verlust arbeitete. Eine andere Frage, die wohl bei der Sozialisierung beachtet werden muß, ist die Entschädigung der Eigentümer von Bergwerksrechten, die fremden Staaten angehören. Das Ausland wird es nicht zulassen, daß diesen ihr Eigentumsrecht geschmälert wird. Auch erscheint der Augenblick als der denkbar ungeeignetste. Es wird immer die These aufgestellt, die Betriebe seien zur Sozialisierung reif. Da muß man aber einmal die Frage aufwerfen: „Sind denn die Menschen zur Sozialisierung reif?" Diese Frage ist unbedingt zu verneinen. Das Pflichtgefühl der Allgemeinheit gegenüber fehlt heute vollkommen. Wohin wir aber bei einer Sozialisierung kommen, das hat ja der Kriegs-Sozialismus mit seinen zahlreichen Kriegsgesellschaften deutlich gezeigt. Die praktische Erfahrung ist jedenfalls die, daß bei einer Sozialisierung mit einer Schwächung unserer Wirtschaftskraft zu rechnen ist. Diese Warnung muß besonders an die Arbeiterschaft gerichtet werden, die die Hauptlast zu tragen hat.

An den einstündigen Vortrag schloß sich eine Aussprache, die auch auf die Frage des Kohlensyndikats übergriff und andere Momente mit hervorhob.

Lehrerverein Halle-Land

In einer gutbesuchten Versammlung sprach Rektor Saupe über „Sozialdemokratie und Schule".

Er führte aus: Die Frage sei außerordentlich zeitgemäß. Wir hätten ein sozialistisches Ministerium, zwei sozialistische Minister für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung, ein Sozialdemokrat sei Dirigent des Volksschulwesens im Ministerium. Es sei nicht seine Aufgabe, Stellung zu den schulpolitischen Forderungen der Sozialdemokratie zu nehmen, sondern aus dem Wesen der Sozialdemokratie die Schulforderungen zu erklären.

Nachdem er die wirtschaftlichen und politischen Ziele der Partei gekennzeichnet hatte, leitete er daraus die Kernforderungen der sozialdemokratischen Schulreform, nämlich Einheitlichkeit, Weltlichkeit und Unentgeltlichkeit des Schulwesens ab. Die Einheitsschule sei bei der Sozialdemokratie zunächst in horizontaler Beziehung zu verstehen. Das ganze Schulwesen soll vom Reiche, durch Reichsschulgesetz, einheitlich geordnet werden. Dann ist die Einheitsschule auch in vertikaler Hinsicht zu betrachten, nämlich in ihrem Aufbau.

Die Einheitsschule der Sozialdemokratie beginnt mit dem Kindergarten (3. bis 7. Lebensjahr), daran schließt sich die Volksschule (8. bis 14. Lebensjahr), daran die Mittelschule (15. bis 18. Lebensjahr). Das sind unsere höheren Schulen. Die Mittelschule hat zwei Abteilungen, eine theoretische und eine praktische Abteilung. Den Abschluß bilden die Universität, die technische Hochschule und die Akademie.

Der Redner kennzeichnete die Bedeutung der Einheitsschule für die Landschule und zeigte, daß die jetzige Einheitsschulbewegung mit ihrer materialistischen, intellektualistischen Auffassung des Bildungsbegriffes für die Volksschule eine Gefahr werden könne. Die Einheitlichkeit des Bildungswesens soll nach der Auffassung der Sozialdemokratie auch nicht durch konfessionelle Grundsätze durchbrochen werden; die Sozialdemokratie verlangt die weltliche Schule. Es gibt da wieder zwei Richtungen, eine verlangt den Moralunterricht, eine andere verwirft auch diesen. Der Vortragende zeigte die absprechende Auffassung des größten Teiles der Lehrerschaft, der am Religionsunterricht festhalte.

Um die Einheitsschule im vollen Umfange durchzuführen, verlange die Partei völlige Unentgeltlichkeit des Unterrichtes und der Lernmittel. Sie tritt weiter für die Wehrhaftmachung der Jugend, für Selbstverwaltung der Schule, Oeffentlichkeit des Unterrichtes, für die kollegiale Schulleitung, für Elternbeiräte und für Arbeitsunterricht ein.

In der Besoldung habe sie große Versprechungen gemacht, ihre Vertreter hätten nicht immer einheitlich gehandelt.

Die Sozialdemokratie trete ein für die Wahl der Behörden und für die Wählbarkeit der Beamten auf Zeit. Zum Schluß betonte der Redner die Frage, ob die einzelnen Berufsstände politische Sonderorganisationen bilden sollten. Er lehnte das ab, er forderte zwar eine größere politische Betätigung der Lehrerschaft, die Lehrer sollten in die Partei eintreten, die ihrer Weltanschauung entspreche, als Ganzes sollten sie sich nicht einer Partei anschließen und in ihr organisieren, sondern versuchen, das Schulprogramm der Lehrerschaft in mehreren Parteien durchzusetzen. Jeder sollte dort Anschluß suchen, wo er nach seiner politischen Gesamtanschauung hingehöre.

Der reiche Beifall der Versammlung dankte dem Redner für seinen ausführlichen, fesselnden Vortrag.

Die anschließende Aussprache lehnte die Oeffentlichkeit des Unterrichts und die Wählbarkeit der Lehrer auf Zeit als eine Gefahr für Schule und Lehrer ab.

Die Nahrungsmittelversorgung in Halle

— **Der Verkauf von Quark** erfolgt am Freitag, den 31. Januar auf den Abschnitt 9 für die eingetragenen Kunden bei dem Molkereibesitzer Arndt, Nikolaistraße 8, Milchhändlerin Rast, Schillerstraße 17, Milchhändlerin Berger, Volkmannstraße 3a, Milchhändlerin Stein, Spitze 8 und Milchhändlerin Pfeiffer, Volkmannstraße 11. Auf jeden Abschnitt wird ½ Pfund abgegeben. Die Abschnitte sind bis 3. Februar abzuliefern.

— **Städtischer Verkauf von Honigkuchen** in der Talamtschule am Freitag, den 31. Januar. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 34 501 bis 39 500 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 39 501—46 000 nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes wird ein Paket zum Preise von 32 Pfg. abgegeben. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

— **Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften**, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden aufgefordert, Freitag, den 31. Januar und Sonnabend, den 1. Februar 1919 bei den von ihnen gewählten Großfirmen den in nächster Woche zum Verkauf gelangenden Kaffee-Ersatz abzuholen. Bekanntmachung über Regelung des Verkaufs erfolgt später.

— **Ausgabe von Spiritusmarken.** Bei der am Montag, den 3. Februar beginnenden Ausgabe von Spiritusmarken können, da uns nur eine geringe Zahl von Marken zur Verfügung steht, zunächst nur diejenigen Bezugsberechtigten berücksichtigt werden, welche im Monat Januar keine Marken bezogen haben. Ausnahmen können nicht stattfinden. Wegen Verteilung der verbleibenden Spiritusmarken ergeht besondere Bekanntmachung.

— **Schuhwaren in Sicht?** Der Verband Deutscher Schuhwaren-Großhändler forderte in einer Versammlung die Abschaffung der gesamten Zwangswirtschaft im Schuhhandel. Die Erfahrungen der letzten Monate haben bewiesen, daß ungeheure Mengen von Schuhwaren durch langsames Arbeiten der ganzen Kriegsorganisation monatelang den Verbrauchern vorenthalten werden. In Interessentenkreisen ist man der Ansicht, daß der deutsche Schuhhandel sehr wohl in der Lage ist, weit mehr und viel schneller Ware heranzuschaffen und schneller zu verteilen, als durch die Zwangswirtschaft.

— **Zeugen gesucht!** Zwischen Weihnachten und Neujahr ist aus dem nach der Kirchnerstraße zu gelegenen Hofe des Postamts 2 ein vierrädriger Handwagen mit der Aufschrift „Fernsprechbaustelle" abhanden gekommen. Er ist stark gebaut, etwa 2 Meter lang, 1 Meter breit und 60 Zentimeter hoch. Das Obergestell ist etwas ausgerundet. Der ganze Wagen ist mit Teer beschmiert. — Wer Angaben über den Verbleib des Wagens machen kann, wird ersucht, sich bei der Kriminalpolizei, Dreyhauptstraße 4, Zimmer 36 oder 37, zu melden.

— **Der Männer-Gesangverein Halle 1911** hielt am Montag seine Jahreshauptversammlung ab, die von 100 Mitgliedern besucht war. Aus dem vom Schriftführer erstatteten Jahresbericht war zu entnehmen, daß es dem Verein gelungen ist, unter der rührigen Leitung des Musikdirektors Wurfschmidt die gesanglichen Leistungen auf gleicher Höhe zu halten, wovon die verschiedenen öffentlichen Veranstaltungen beredtes Zeugnis geben. Nachdem der Männerchor wieder fast vollzählig ist, sollen auch in diesem Jahre mehrere öffentliche Konzerte abgehalten werden. Der Verein zählte am Jahresschluß 187 Mitglieder inkl. 42 Ehrenmitgliedern. Zum ersten Vorsitzenden wurde Maurermeister Hammer, zum zweiten Vorsitzenden Tapeziermeister O. Frenkel, zum Rendanten Kaufmann Peters, zum Schriftführer Böttchermeister Horlebeck und zum Kassierer Glasermeister Schaaf z. T. wieder- und z. T. neugewählt. Der Jahres- sowie der Kassenbericht wurden von der Versammlung gutgeheißen. Buchdrucker Max Knöchel wurde anläßlich seiner 25jährigen Mitgliedschaft zum Ehrenmitglied ernannt.

— **Oeffentliche Vorträge** hält die Ev. Stadtmission von Sonntag, den 2., bis Sonntag, den 9. Februar, jeden Abend 8 Uhr im großen Saale, Weidenplan 4, durch Superintendent Moehr, Leiter des Diakonissenhauses, ab; zu den Vorträgen ist jedermann willkommen. Eintritt frei.

— **Händel-Verein.** Das morgen (Freitag) stattfindende 2. Konzert des Händel-Vereins ist völlig ausverkauft.

— **Zoologischer Garten.** Auf das heute abend 7 Uhr zur Feier des 25jährigen Dienstjubiläums des Obermusikmeisters Karl Steuer stattfindende Extra-Militärkonzert vom Trompeterkorps Mansf. Feldart.-Regts. Nr. 75 sei nochmals empfehlend hingewiesen. (Siehe Anzeige.)

— **Entflohene Diebe.** In der vergangenen Nacht wurden auf dem Alten Markt zwei Soldaten angehalten, die Rucksäcke und Pakete trugen. Als ihre Festnahme erfolgen sollte, ergriffen sie die Flucht, wobei einer von den Soldaten einen Karton mit einer Zither und einen Damenmantel von sich warf.

— **Feuer.** Gestern abend wurde die Feuerwehr zur Beseitigung eines Werkstättenbrandes nach einem Fabrikgrundstück in der Merseburger Straße gerufen. Nach ¾stündiger Tätigkeit konnte die Wehr wieder abrücken. Die Entstehungsursache des Feuers ließ sich noch nicht feststellen.

*

— **Stadttheater.** Heute Donnerstag gelangt das Lustspiel „Nur ein Traum" von Lothar Schmidt zur Aufführung. Freitag wird Björnsons Schauspiel „Ueber unsere Kraft", 2. Teil, wiederholt. Sonnabend „Lohengrin" von Richard Wagner, Sonntag nachmittag 2½ Uhr Fremdenvorstellung zu ermäßigten Preisen „Tiefland" von d'Albert, abends geht Joh. Strauß' Operette „Die Fledermaus" in Szene. Montag „Die lustigen Weiber von Windsor". Es wird besonders darauf hingewiesen, daß alle Abendvorstellungen im Stadttheater, auch die „Lohengrin"-Vorstellung, um 6½ Uhr beginnen.

— Im Thalia-Theater gelangt am Sonntag, den 2. Februar, abends 7½ Uhr, das Lustspiel „Renaissance" unter der Spielleitung von Eugen Teuscher zur Aufführung.

„H. Z."-Sportberichte

— **Gera.** Die Spielabteilung der Allgemeinen Turngemeinde Gera hat ihren Sportbetrieb wieder aufgenommen. Die Vereinsadresse lautet: Arno Kanis, Gera-R., Roßplatz 26 III.

— **Reiseerlaubnis für Sportsmannschaften** wird von der Bahn gewährt, wenn das Ziel zugunsten der Kriegswohlfahrt ausgetragen wird.

Vom Büchertisch

Preußisches Tumultschadengesetz. Erläutert von Dr. Arthur Liebrecht, Magistratsrat in Berlin. Verlag von Franz Vahlen in Berlin W. 9, Linkstraße 16. Preis 2,40 M.

Das Gesetz betrifft die Schadenersatzpflicht bei Tumulten. Es ist unter den Einwirkungen der Revolution von 1848 entstanden und neben dem Bürgerlichen Gesetzbuch bestehen geblieben. Seine genaue Kenntnis ist für die nach ihm als Träger der Schadenersatzpflicht bestimmten Staat- und Landgemeinden von großer Wichtigkeit. Da für die Verfolgung der Ansprüche der Rechtsweg zugelassen ist, so ist seine Erläuterung auch von Wert für Hauseigentümer sowie das Privatpublikum überhaupt.

Im Januarheft von „Kunst und Künstler" (Verlag Bruno Cassirer) setzt sich Karl Scheffler in seiner unbeirrbaren Weise mit der Kunst Oskar Kokoschkaws auseinander. Seine Art der Wertung kommt zu anderen Resultaten als alle anderen Kritiker, die bisher das Wort genommen haben. Lehrreich ist in demselben Heft ein Ueberblick der dänischen Malerei im 19. Jahrhundert. Und besonderen Hinweis verdient auch ein Aufsatz von Otto Zoff über die „Anfänge der deutschen Landschaftskunst" zur Zeit Altdorfers. Alle diese Aufsätze sind reich illustriert. Im Notizenteil fällt eine längere Abhandlung auf über das bekannte Italien-Buch Karl Schefflers von Dr. Hartlaub, weil darin Grundsätzliches gesagt worden ist.

Wettervorhersage des amtlichen Wetternachrichtendienstes.
Freitag: Zunächst noch keine Witterungsänderung.

Kaffee- u. Teeservice ‖ in grösster Auswahl ‖ empfiehlt zu billigsten Preisen **Louis Böker,** Leipziger Str. 7.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191901302-19/fragment/page=0005

Mitteldeutsche Privat-Bank, A.-G., Filiale **Halle a. S.,** Poststrasse 12. Tel. 1382, 1383, 1692. Ausführung aller bankmäßigen Geschäfte

Stellen-Angebote

Tüchtiger Vertreter,
welcher Möbelfabriken und Möbeltischlereien besucht und mit der Branche vertraut ist, zur Mitnahme eines gut eingeführten und wohlbekannten Artikels gesucht. Es kommen für die Provinz Sachsen (außer Magdeburg) und Anhalt in Betracht. Gefl. Offerten mit Angabe von Referenzen erbeten unter **Ke. 298** an **Rudolf Mosse, Elberfeld.**

Suche zum 1. April für mein Gut von 1100 Morgen einen durchaus tüchtigen, energischen, gut empfohlenen, unverheirat. **Inspektor.** Angeb. mit Zeugnisabschr. und Gehaltsansprüchen an
Frau Olga Hachenberger,
Freigut Annarode bei Mansfeld.

Suche zum baldigen Antritt zuverlässigen, ledigen,
älteren Mann für Hofarbeiten
bei freier Wohnung und Kost. Zuschriften erbittet
Münch, Torgau a. E.

Tüchtiger
Beschlagschmied
gesucht. Zu melden
Freiimfelderstr. 39.

Stützen, Köchin, Stuben- u. Alleinmädchen f. Privat. **Haus-, Küchen- u. Stallmädchen** aufs Land f. sof. od. sp.
Helene Sens, gewerbsmäßige Stellenvermittlerin, Leipziger Str. 32.

Obergärtner,
tücht. u. energ., 36 J., ev., verh., 1 K., erfahr. in Obst-, Wein-, Gemüseb., Topfpfl., Treiberei, Blumenzucht, Parkpfl. und Binderei, sucht, gestützt a. gt. Zeugn. Dauerstella. a. größ. Rittgt. od. Schloß, mögl. mit Verkauf, z. 1. 4. 19. Gefl. Off. erb. an **W. Sperling, Helmstedt** i. Br., Klostergarten.

Knechte,
led. u. verh., Tagel.-Fam. Burschen a. Land besorgt
Richard Renner, gewerbsmässiger Stellenvermittler, Freiimfelderstraße 37, Laden.

Ehrliches, junges
Mädchen
sucht zum sofortigen Antritt oder später
Hotel Wendenhof,
Mücheln, Bez. Halle.

Suche Landwirtschafterinnen, Köchinnen, Stubenmädchen.
Marie Wantzlöben, gewerbsmässige Stellenvermittler n. Dreyhauptstr. 6 (am Buttermarkt). Empf. Landwirtstöcht. als lern. Mamsell.

Thüring. Dienstmädchen
Hausmädch., Köchinn., Kinderfräulein, Stützen usw. sucht man d. Inserat im **Tageblatt Koburg.** Tägl. ca. 30000 Leser. Zeile 30 Pfg.

Für meinen 17jähr. **Sohn,** der die Latein. Hauptschule der Franckeschen Stiftungen Halle zu Ostern mit d. Reife für Unterprima verläßt u. Landwirt werden will, suche ich geeignete
Lehrstelle
auf größerem Gute. Gefl. Angebote mit Bedingungen unter **Z. 982** an die Geschäftsstelle d. Ztg. erbeten.

Suche z. 1. April od. spät. **Lehrstelle** in landwirtsch. Betrieb. Off. unter **Z. 985** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Stellen-Gesuche

Suche für 2 junge Landwirte, welche etwa 2 Jahre in meinen Wirtschaften gelernt haben und die ich als zuverlässig, fleißig und tüchtig in wirtsch. Dingen, wie bescheid. u. angenehm i. Umgang empf. kann, **Verwalterstelle** mit kl. Anfangsgehalt. Bevorzugt mittelgr. Wirtschaft. unt. direkt. Leitung d. Inhabers.
Eduard Heyer, Domänenrat.
Friedrichswerth (Thür.).

Verkäuferin
v. ausw. sucht Stelle zum 1. Februar 1919 oder später für Geschäft und Haushalt, Kolonialwarenbranche. Off. an die Geschäftsstelle dieser Zeitung unt. **Z. 984** erbet.

Besseres 19jähr. Mädchen aus Bayern sucht Stelle als
Kindermädchen
oder als **Alleinmädchen** zu einzelner Dame. **Friedel Wolfram, Berlin-Wilmersdorf,** Babelsberger Straße 6 IV.

Gründl. landwirtsch. Ausbildung
sucht auf mittlerem Gute Leutnant d. R., 21 Jahre, als Freiwilliger eingetreten, zuletzt Komp.-Führer, energisch und arbeitsam, gesund und kräftig. Angeb. unter **Z. 990** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Suche für meinen Sohn, 20 Jahre alt, Landwirtschaftsschule besucht, Einjähr.-Berechtigung, welcher 2 Jahre in meiner Wirtschaft tätig war, zur weiteren Ausbildung zum 1. März oder 1. April cr.
Stellung in einer Wirtschaft
mit etwas Gemüse- und Samenbau.
Glebitzsch (Bez. Halle). **E. Richter.**

Landwirtssohn, 16 Jahre, groß und kräftig, verläßt Ostern die höhere Schule (U.-Sek.), sucht Stellung als **Scholar** auf größerem Gute. Hat sich in väterlicher Wirtschaft praktisch sehr betätigt und seit langem Liebe zum Beruf. Hallesche Gegend bevorzugt. Angebote unter **Z. 978** an die Geschäftsstelle dies. Zeitg.

Verkäufe

Schuppen-Abbruch
am Bahnhof Gimritz bei Wettin
ca. 200 qm Bretter, **großer Posten Nutzholz** als Sparren, Rähmen, Säulen, **Brennholz** und ca. 400 lfd. Meter Latten- und Drahteinzäunung, sofort zu verkaufen.
Arthur Lindner, Halle. Fernspr. 1450.

Rotkleesaat, Weißklee, Gelbklee, Wundklee, Thimothee, Raygras, Seradella, Knaulgras
sowie alle Sorten
Kohl, Möhrensamen usw.
empfiehlt
Gut Köbeln bei Muskau, O.-L.

Zwiebelsamen, gelbe Zittauer Riesen. **Möhren-, Weißkohl-, Rotkohl-, Futterrübensamen, Saatbohnen** offer. in großen und kleineren Quantitäten
August Haise, Weinbergsgärtnerei, **Halle a. S.**

Vereinigung z. Verwertung v. Schlachtpferden

Halle a. S. e. G. m. b. H. Büro: Schlachthof.
Telegramm-Adresse: **Schlachtpferde.** **Fernspr. 1029.**
Wir sind **dauernd Abnehmer** von
Schlachtpferden jeder Anzahl
und bitten die Herren **Landwirte** und **Pferdebesitzer** höflichst um
Angebote
an uns direkt oder an **unsere Mitglieder.**
Notschlachtungen werden jederzeit schnellstens und korrekt ausgeführt.

Villengrundstück
mit 7 Zimmern, Badeeinrichtung, Stallungen, Obst- und Gemüsegarten, 2 Morgen Feld ist sofort zu verkaufen. Gegend auf dem Lande bei Eilenburg, Wasser und Wald in der Nähe. Gefl. Offerten unter Z. 987 an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Sofort bestellen! Ernte sehr knapp!
Futterrüben-Samen
Gelbe Eckendorfer Riesen-Walzen
bringen stets die höchsten Erträge und zeichnen sich durch ihre unübertroffene Haltbarkeit ganz besonders aus.
1 Ztr. 255 M. 10 Pfd.-Postpaket 28 M. 1 Kilo 6 M.
Thüringer Zentralsaatstelle G. Gewalt, Gierstädt-Erfurt.
Diesjährige Preisliste über Gemüsesamen auf Wunsch kostenlos.

Von heute ab steht wieder ein großer Transport allerbester schwerster, junger belgischer

Arbeitspferde
preiswert bei uns zum Verkauf.
Gebr. Schwab,
Halle a. S., Delitzscherstr. 12/13.
Fernsprecher 6806.

Dienstag, den 4. Februar, empfehlen wir wieder eine große Auswahl allerbester

belgischer Arbeitspferde.
Wilhelm Stock i. Fa. **Th. Weinstein.**
Filiale Halle a. S., Magdeburgerstr. 46.
Fernruf 5798.

Viehverkaufsvereinigung Bismark u. Umgeg.
E. G. m. b. H. (1400 Mitglieder) hält ihre
58. Zuchtvieh-Versteigerung
am Mittwoch, den 5. Februar,

in ihrer Verkaufshalle am Bahnhof Bismark-Stadt ab. Zum Verkauf kommen
ca. 160 Stück Haupt-Rindvieh
des schwarzbunten Niederungsschlages, und zwar 85 tragende und frischmilchende Kühe, 20 tragende Färsen, 5 Bullen (Herdbuchtiere), 50 bayrische Zugochsen.
Es bietet sich Gelegenheit, **erstklassiges Material** anzukaufen, auch Herdbuchtiere u. Nachzucht von Herdbuchtieren. **Beginn der Auktion 9 Uhr vormittags.**
Kataloge, unentgeltlich zu haben, sowie nähere Angaben durch **E. Lüders, Bismark** (Altmark).
Bei der Versteigerung müssen Käufer aus der Provinz Sachsen die **Einfuhrerlaubnis** ihres Kommunal-Verbandes vorlegen, bezw. Käufer aus fremden Provinzen die der dortigen Provinzial-Fleischstelle.

Ich bin zum Handel mit
Sommersaatgetreide u. Hülsenfruchtsaatgut
im ganzen Regierungsbezirk Merseburg zugelassen.
Auf Lager habe:
Heines Kolben-Sommerweizen, 1. Absaat
Rudolf Bethges Gerste III, 1. Absaat
F. v. Lochows Petkuser Gelbhafer, 1. Absaat
(anerkannt von der Landwirtschaftskammer der Prov. Sachsen, Halle a. S.) nur gegen Saatkarte zu den gesetzlichen Höchstpreisen und Einsand der Füllsäcke. Antragsformulare für Saatkarten halte ich vorrätig. Weitere Sorten treffen noch ein. Nicht vorrätiges Saatgut wird allerschnellstens besorgt.
Willy Otto, Getreidegeschäft, Weißenfels a. S.

Beste Saat-Gerste
Original Mahndorfer Hanna I. Absaat,
anerkannt von der Landwirtschaftskammer der Provinz Sachsen, wird zum gesetzlichen Höchstpreis verkauft. Bestellungen schon jetzt erbeten.
Rittergut Schieferhof in Obhausen, Bez. Halle a. S.

Kauf-Gesuche

Futterrüben und Rübenschnitzel, gutes Heu und Stroh aus dem Saalkreise kaufen
Gebrüder Baensch, Dölau b. Halle a. S.

Johannes Thurm,
Halle a. S., Glauchaerstr. 79. Tel. 6518 u. 6507
Aelteste Ross-Grossschlächterei der Provinz Sachsen.
Pferde zum Schlachten
kaufe zu jeder Zeit.
Bei Notschlachtungen korrekteste Bedienung.

Miet-Gesuche

An der Saale oder sonstiger schön gelegener, mit der Straßenbahn bequem erreichbarer Gegend wird für 1. April oder später von jungem, gebildetem Ehepaar ohne Kinder eine gesunde, freundliche nicht allzu große
Wohnung
mit Garten, Bad und elektr. Licht zu mieten gesucht. Angebote mit Angabe der Zimmerzahl und des Mietspreises erbeten unter Z. 2406 an die Geschäftsstelle der „Halleschen Zeitung", Leipzigerstr. 61/62.

Herrsch. 4—6-Zimmerwohnung,
ganz gleich zu welcher Zeit, möglichst mit Gartenb. von jungem Ehepaar gesucht. Angebote unter Z. 981 an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Unterricht

Königstädt. zehnstufige höhere Mädchenschule
und Knaben-Vorschule
Halle — Lindenstrasse 66
Vorsteherin **Luise Staabs.**

Seydlitz-Lyzeum,
Karlstraße 6.
Anmeldungen für Ostern nimmt **für alle 10 Klassen** entgegen in den Sprechstunden werktäglich von 11—12 Uhr
Dr. Helene Henze,
Oberlehrerin und stellvertretende Leiterin.

Verkäufe

Dölau
Einfamilienhaus mit schön. groß. Garten zu verkaufen. **Preis 80 000 Mark. G. Rosch,** Rathausstr. 13.

Wohnbaracken,
30×10 u. 22×10, neu, sofort lieferbar. **Springstein, Halle,** Unterberg 16

Ich habe aus eigener Fabrikation vorteilhaft an Wiederverkäufer und Verbraucher abzugeben:
Ia. Wagenfett,
garantiert spatfrei,
Ia. Lederfett,
antis. Hufsalbe,
Motorenöl,
grünlich,
Maschinenöl,
dunkel (reines Mineralöl),
Dachteer,
Carbolineum,
Treibriemenwachs,
lieferbar in Packungen von je 5—200 kg.
Wilhelm v. Sperl,
Chemische Fabrik, Hof i. B. — Fernruf 818.
Gut eingeführte Vertreter gesucht.

---

80 Kutschwagen,
neue mod. u. wenig gefahrene Luxuswagen aller Gattung. Gelegenheitskauf. Ia Fabrikate. Pferdegeschirre.
Hoffschulte, Berlin NW., Luisenstr. 21.

Fleischmehl
50% Protein u. Fett enthaltend, gibt ab
Max Deichmann,
— Telefon 2219. —

Kaufgesuche

Landwirtschaft
mit ca. 120 Mrg. Ackerland, guten Gebäud. bei ca. 80 000 Mark Anzahlung zu kaufen gesucht. Angeb. u. **Z. 983** an die Geschäftsst. dies. Zeitg.

Smoking,
gut erhalten, für mittlere Figur zu kaufen gesucht. Offerten unter **Z. 973** an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Besseres Mädchen-Kleid
(10-12 J.) u. 1 **Herren-Anzug** zu kaufen gesucht. Off. u. Z. 992 a. d. Geschäftsst. d. Ztg.

---

50 Zentner
Kleeheu
kauft Möbelfabrik Vereinigter Tischlermeister, Kl. Steinstraße 6.

Spinat, Möhren Sellerie und Porree
in großen Posten zu kaufen gesucht. Offerten erb. unt **Z. 991** a. d. Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Ziegen-, Hasen- u. Kaninchenfelle, Roßhaare u. Wolle
kaufen zu Höchstpreisen
Gebr. Danglowitz,
Fischerplan 2. — Tel. 1178

Heirat

Heirats-Gesuch.
Mühlenbesitzerstochter, 26 J. alt, mit Verm., mit all. landw. Arbeiten vertraut, wünscht sich mit Landwirt zu verh. Off. unt. Z. 988 a. d. Geschäftsstelle d. Z. erb.

Gebildeter, arbeitsfreudig. Landwirt, Anfang 30, Gutsbesitzersohn, Friedensreserveoffizier, aus dem Felde zurück, gesund, sofort 50 000 Mark Vermögen, später mehr, sucht
Einheirat.
Ich würde zum Stichkennenlernen als Beamter eintret. Offert. m. Bild unt. Z. 986 an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191901302-19/fragment/page=0006
DFG